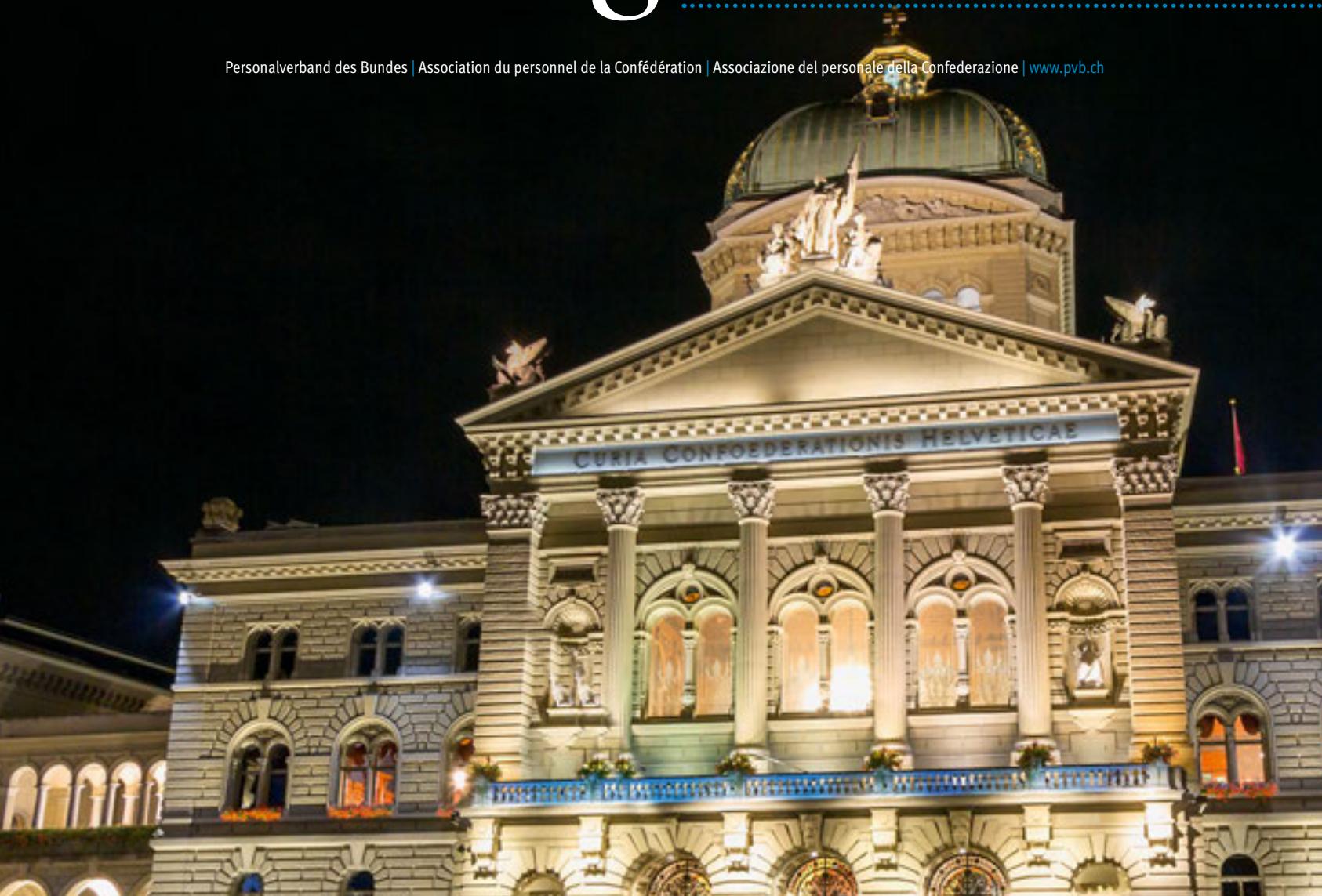


Magazin-e

Personalverband des Bundes | Association du personnel de la Confédération | Associazione del personale della Confederazione | www.pvb.ch



Spezialausgabe | Numéro spécial | Numero speciale

«Sparmassnahmen» | «Mesures d'économies» | «Misure di risparmio»



Mehr als
25%
Prämien
sparen



Von der KPT können Sie auch mal ganz wenig erwarten.



Die führende Online-Krankenkasse mit persönlicher Beratung. Wechseln Sie jetzt zur Krankenkasse mit den ausserordentlich zufriedenen Kunden. Wann macht's auch bei Ihnen Klick? Für Ihre persönliche Offerte und das bequeme Wechselpaket: <https://kollektiv.kpt.ch/pvb/de>, Telefon 058 310 98 70 oder via den QR-Code und Ihr Smartphone.

KPT
CPT
Einfach gut versichert.



Mit Reka-Geld wird Tanken günstiger.

Beziehen Sie Reka-Geld mit Rabatt und bezahlen Sie damit bei AVIA und BP. Übrigens akzeptieren insgesamt über 9'000 Annahmestellen in der ganzen Schweiz Reka-Geld. reka.ch

Mit Reka liegt mehr drin.

reka:

**10 %
Rabatt!**

Reka-Geld: Mitglieder vom Personalverband des Bundes erhalten jährlich **10 % Rabatt** auf max. CHF 500.– Reka-Geld.

Inhalt

Editorial: Lobbyismus für Gewerkschaften des Service public unverzichtbar! | Seite 4

Drei Buchstaben ... in zwei Worten: Die Stunde der Abrechnung ist gekommen! | Seite 4

Dossier Sparmassnahmen: Die Utopie des schlanken Staates | Seite 5

Gespräch zwischen Bundesrat Ueli Maurer und Generalsekretärin des PVB Maria Bernasconi | Seite 13

Kampagne LOVE Service public: Aktionen | Seite 36



*Die Utopie des schlanken Staates
Obwohl ständig gespart wird, wächst der Staat immer mehr. Aber warum?*

«Der Staat wächst unaufhörlich. Er droht zu überborden. Ist arrogant und gierig, lahm und ineffizient. Und so sind alle Staatsangestellten auch. Beamten und Beamte durch und durch. Nie da, wenn man sie braucht, priesacken sie uns, wo sie können und verdienen sich dabei eine goldige Nase. Das muss aufhören.» So klingt die Schelte für das Staatspersonal am Stammtisch seit eh und je. [Seite 5](#)

Sommaire

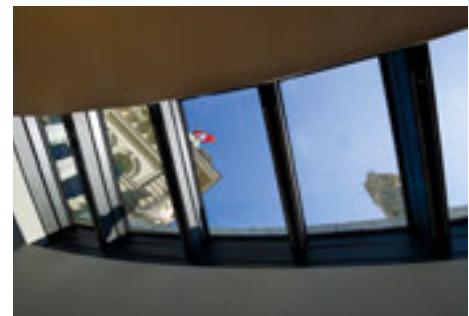
Editorial: Le lobbyisme devenu indispensable pour les syndicats du service public! | Page 14

3 lettres... en 2 mots: L'heure des comptes a sonné! | Page 14

Dossier Mesures d'économies: L'utopie d'un Etat svelte | Page 15

Entretien entre le conseiller fédéral Ueli Maurer et Maria Bernasconi, secrétaire générale de l'APC | Page 23

Campagne LOVE Service public: Actions | Page 36



*L'utopie d'un Etat svelte
L'Etat n'en finit pas de croître en dépit de tous les efforts d'économies. Pourquoi?*

«L'Etat n'arrête pas de grossir et risque fort de dépasser les bornes. L'Etat est arrogant et avide, mou et inefficace. Comme le sont ses employés. De vrais fonctionnaires. Jamais là quand on a besoin d'eux, tracassiers à outrance et grassement payés. Il faut que cela cesse!» Qui ne connaît pas cette éternelle rengaine sur le personnel de l'Etat? [Page 15](#)

Sommario

Editoriale: Il lobbismo è diventato indispensabile per i sindacati del servizio pubblico | Pagina 24

Tre lettere... in due parole: È scoccata l'ora dei conti! | Pagina 24

Dossier: Misure di risparmio: L'utopia di uno stato snello | Pagina 25

Dialogo tra il consigliere federale Ueli Maurer e la segretaria generale dell'APC Maria Bernasconi | Pagina 31



*L'utopia di uno stato snello
Sembra che si cerchi costantemente di risparmiare, lo Stato continua a crescere. Ma perché?*

Lo Stato cresce incessantemente. «È minaccia di traboccare. È arrogante e avido, debole e inefficiente. E così sono tutti gli impiegati dello Stato. Funzionarie e funzionari, dal primo all'ultimo. Mai presenti quando si ha bisogno di loro, ci tormentano non appena possono e guadagnano un sacco di soldi. Ciò deve finire!» Questo si sente rimproverare al personale dello Stato nei ritrovi pubblici e per le strade. [Pagina 25](#)

Sektionen – Sections – Sezioni | Seite 33



Lobbyismus für Gewerkschaften des Service public unverzichtbar

Die Mitarbeitenden des Bundes sind inzwischen an Sparprogramme gewöhnt. Der Bundesrat ist knauserig geworden mit öffentlichen Geldern. Doch das ist in Wahrheit zu viel des Guten: Denn Jahr für Jahr schreibt der Bundeshaushalt schwarze Zahlen, während sich unsere grossen Budgetwächter kaum überrascht zeigen. 2016 jedoch ist nicht mit früheren Jahren und Jahrzehnten vergleichbar. Dieses Mal wird noch viel weiter gegangen. Die dritte Unternehmenssteuerreform (USR III) und ihre neuen Steuerschlupflöcher werden für den Bund jährlich milliardenhohe Verluste nach sich ziehen. Vom Parlament wurden weder Korrekturmassnahmen noch zusätzliche Steuerprüfer beschlossen. Im Übrigen hat sich der Bund bereits mit einem Stabilisierungsprogramm auf den Einnahmenschwund eingestellt. Bedroht sind nicht nur die Beschäftigungsbedingungen des Bundespersonals, der Bildungssektor (ETH, FH), die Landwirtschaft (einschl. Agroscope), die Sozialversicherungen (Ergänzungsleistungen usw.), sondern auch der gesamte vom Bund unterhaltene Service public. Doch damit nicht genug: Zwei weitere Massnahmen, von den eidgenössischen Räten aufgeschoben, um das «Boot nicht zu überladen» – d.h. die Streichung der Stempelabgabe und die Einführung einer Tonnagebesteuerung –, werden die Einnahmen des Bundes um weitere Milliarden beschneiden. Mit der USR III (und in naher Zukunft USR IV) führt die Schweiz Steuersätze ein, die nur noch mit Bulgarien oder Rumänien vergleichbar sind und damit deutlich unter jenen der meisten Länder liegen, deren Entwicklungsstand mit unserem vergleichbar ist. Und doch profitieren all jene Kreise, die mit Leib und Seele nach weniger Staat schreien, ebenfalls von den Dienstleistungen, die vom Bundespersonal erbracht werden, gleichwohl in Schmarotzermanier.

Vor diesem Hintergrund ist die Einflussnahme im Parlament notwendiger denn je, und das insbesondere für die Gewerkschaften des Service public des Bundes! Zu einer Zeit, in der noch die liberale Partei für den Staat stand, war der verstorbene Erich Weisskopf, Generalsekretär des PVB, von 1963 bis 1971 Nationalrat für diese Partei. Die Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV), mit der wir eng zusammenarbeiten, zählt seit vielen Jahren auf ihre Vertreterinnen und Vertreter in den eidgenössischen Räten, darunter einst Ernst Leuenberger und Pierre-Alain Gentil sowie heute Philipp Hadorn und Edith Graf-Litscher. Ein weiteres Beispiel ist der Personalverband Transfair, der Nationalrat Stefan Müller-Altermatt zum Präsidenten und damit zum Nachfolger von Chiara Simoneschi-Cortesi gewählt hat.

2012 habe ich mich mit Unterstützung der Geschäftsleitung bemüht, Nationalrätin Maria Bernasconi davon zu überzeugen, als Generalsekretärin zum PVB zu stoßen und damit die Interessen unserer Mitglieder im Bundeshaus zu vertreten. Diese unentbehrliche Lobbyarbeit, die Maria bis zum vergangenen Herbst geleistet hat, muss weitergehen. Die Wahl der Geschäftsleitung fiel verständlicherweise auf Nationalrätin Barbara Gysi (SP). Grund hierfür waren ihr Engagement für das Bundespersonal in der letzten Legislaturperiode sowie ihr Wissen und ihre Erfahrung im Bereich Gewerkschaften und Service public. Entsprechend wird Barbara Gysi bei der nächsten Delegiertenversammlung als Präsidentin des PVB vorgeschlagen.

Übrigens scheide ich weder aufgrund von Resignation noch von Amtsmüdigkeit aus dieser Funktion aus. Dass ich die Kandidatur Barbara Gysis als Präsidentin des PVB wollte und diese unterstützt habe, geschah ausschliesslich im Interesse unseres Verbandes und seiner Mitglieder. Ich selbst bin entschlossen, mein Engagement für den PVB fortzusetzen, und werde mich um das Amt des Vizepräsidenten bewerben.

René-Simon Meyer, Verbandspräsident

3 Buchstaben ...

Die Stunde der Abrechnung ist gekommen!

Die Ferien sind vorbei, die Arbeit wartet! Sie sind bestens gelaunt, und Ihre Batterien sind wieder vollständig aufgeladen? Ich hoffe es für Sie, denn es verspricht, ein heißer Herbst für das Bundespersonal zu werden! Kommen wir direkt zum Kern der Sache: zu den Einsparungen. Ein Thema, das wir während des Sommers tunlichst vermieden haben, um die Stimmung auf den sonnengefluteten Terrassen nicht zu verderben, welches uns nun jedoch wieder fest im Griff hat: Während der Herbstsession steht das Stabilisierungsprogramm 2017–2019 auf den Traktandenlisten. Die Personalausgaben sollen gemäss der Botschaft des Bundesrats im Vergleich zum Finanzplan 2016–2018 um 165 Millionen Franken gesenkt werden, was einer erneuten Kürzung von 40 Millionen Franken im Budget 2017 gleichkommt. Und damit nicht genug: Das Finanzdepartement hat dem Bundesrat bereits neue umfassende Kürzungen der Bundesausgaben vorgeschlagen.

Dabei gibt es objektiv gesehen kein einziges Argument, das die Notwendigkeit derart drastischer Massnahmen erklären würde. Seit Jahren machen die Personalausgaben nur 8% der Gesamtausgaben des Bundeshaushalts aus. Kürzungen, mögen sie auch noch so brutal sein, werden die Bundesfinanzen mitnichten sanieren. Sogar Bundesrat Ueli Maurer hat dies erkannt und sich wiederholt in diesem Sinne geäußert, sei dies in den Medien oder gegenüber den Personalverbänden. Der



in 2 Worten

Bundesrat wendet im Personalbereich jedoch weiterhin eine strikte Sparpolitik an! Es sei zudem daran erinnert, dass der Bund auf einem Vermögen von beinahe 42 Milliarden Franken sitzt. Im derzeitigen Marktumfeld mit negativen Zinssätzen muss der Staat in die Zukunft investieren: Bildung, Infrastrukturen, Entwicklung von familienergänzenden Betreuungseinrichtungen usw. Und seine wiederholten Sparpläne müssen ein Ende finden!

Auch wenn sich ihre Auswirkungen erst später zeigen, die Sparmassnahmen beim Personal werden sich äusserst nachteilig auf die Arbeit der Verwaltung auswirken. Einige Departemente (auswärtige Angelegenheiten, Justiz und Polizei usw.) sprechen heute von einem Leistungs- und Stellenabbau. Diese Massnahmen schwächen den Staat, ein ausgesprochener Unsinn in diesen zunehmend unsicheren Zeiten und angesichts der wachsenden Erwartungen der Bevölkerung gegenüber der öffentlichen Verwaltung. Den Staat zu schwächen, bedeutet, dem Gesetz des Stärkeren, einem fanatischen Neoliberalismus freien Lauf zu lassen ... wie man heute feststellen kann, mit bisweilen schwerwiegenden Folgen. Dank einem starken Service public verfügen wir über die nötigen Mittel, um Prävention zu betreiben und die Demokratie so zu wahren, wie wir sie bis heute gekannt haben. Verteidigen wir sie, um jeden Preis!

Maria Bernasconi, Generalsekretärin

Die Utopie des schlanken Staates

Romina Loliva

**Obwohl ständig gespart wird, wächst der Staat immer mehr.
Aber warum?
Ein Erklärungsversuch.**



© Béatrice Devènes

Der Staat wächst unaufhörlich. «Er droht zu überborden. Ist arrogant und gierig, lahm und ineffizient. Und so sind alle Staatsangestellten auch. Beamten und Beamte durch und durch. Nie da, wenn sie man braucht, piesacken sie uns, wo sie können, und

chen Verwaltung. 40 000 neue Stellen in 25 Jahren. Damit ist er der grösste Arbeitgeber in der Schweiz und übertrifft bei Weitem jeden Betrieb aus der Privatwirtschaft. Allein beim Bund arbeiten 37 286 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (entspricht 34 935 Voll-

Föderalismus und Subsidiarität

Blättern wir zurück. Der Bundesstaat, gegründet 1848, entsprang einer liberalen Idee. Die Kantone, die eine konfliktreiche Zeit hinter sich hatten, schlossen sich zusammen und gaben sich eine föderalistische Struktur, die ihre Interessen vereinen und nach aussen vertreten sollte. Gleichzeitig wurde ein zentrales Prinzip verankert, die Subsidiarität. Demnach sollten die anfallenden Aufgaben von jener Staatsebene erledigt werden, die am nächsten beim Anliegen ist. So ist die moderne Eidgenossenschaft über die Jahre gewachsen. Gemeinden und Kantone geniessen eine starke Autonomie, und der Bund greift dort ein, wo übergeordnete Aufgaben anfallen. Aufgaben bedeuten auch immer Kosten, und so zieht sich die Subsidiarität auch auf der Einnahmeseite des Staates durch. Gemeinden, Kantone und der Bund ziehen unterschiedlich hohe Steuern ein. Die Gründung des Bundesstaates war somit die Geburts-

Um dem Auftrag des Service public gerecht zu werden, wächst er.

verdienen sich dabei eine goldige Nase. Das muss aufhören.»

So klingt die Schelte für das Staatspersonal am Stammtisch seit eh und je. Und tatsächlich. Der Staat und somit auch die Anzahl seiner Angestellten wächst kontinuierlich. Bund, Kantone und Gemeinden schaffen täglich neue Stellen. Waren es 1991 rund 120 000, benötigt der Staat heute rund 160 000 Vollzeitstellen in der öffentli-

zeitstellen). Dieser Zuwachs wird nicht nur aus der argwöhnischen Perspektive des kleinen Bürgers mit Sorge betrachtet. Harsche Kritik am Wachstum des Staates ist salonfähig geworden. Politikerinnen und Politiker, die Presse, die Wissenschaft. Sie alle stimmen immer lauter in den Chor der Mahnenden mit ein. Und dennoch wächst der Staat. Aber warum?

Der Staat will also nicht schlank werden, oder kann er es vielleicht nicht?

Seit 1870 hat sich jedoch einiges verändert. Das Leben ist schneller, komplexer und anspruchsvoller geworden. Die Bevölkerung und die Wirtschaft wachsen. Wir wollen und müssen mobil sein, der Kommunikation dürfen keine Schranken gesetzt werden, wir benötigen und wollen erstklassige Gesundheitsversorgung und Bildung, werden immer älter. So wie sich die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz im gesellschaftlichen Wandel befinden, verändern sich der Anspruch und die Aufgaben des Staates. Um dem Auftrag des Service public gerecht zu werden, wächst er.

Was ist öffentlich, was privat?

Lange war der Staat eine liberale Angelegenheit. Die FDP dominierte den Bundesrat und die öffentliche Verwaltung. Auch der Einzug der Sozialdemokratinnen und -demokraten und die Gründung von Gewerkschaften der Angestellten des öffentlichen Dienstes wie vom PVB vermochten lange Zeit nicht die Stärke der FDP als staatstragende Macht zu schmälern. Bis in die

Sparmassnahmen – Mechanismen im Überblick



© Fotolia

Schuldenbremse

Die Schuldenbremse regelt die Ausgaben des Bundes. Die Massnahme wurde 2001 in der Verfassung verankert und legt fest, dass die Ausgaben des Bundes über einen Konjunkturzyklus die Einnahmen nicht übersteigen dürfen. Damit soll der Bund strukturelle Defizite abbauen können. Ausserordentliche Defizite müssen aufgrund der Schuldenbremse innerhalb von sechs Rechnungsjahren im ordentlichen Haushalt abgebaut werden.

Sparprogramme

Ein Sparprogramm ist die übliche Form von Abbau im Rahmen des Budgetprozesses. Sparprogramme zielen darauf ab, die Ausgaben des Staates zu reduzieren. Der grösste Teil der Ausgaben des Bundes ist an Gesetze gebunden. Falls der Bund in diesen Bereichen sparen will, muss er eine Gesetzesänderung vorschlagen, die vom Parlament angenommen werden muss. Beispiele sind die Ausgaben für Sozialversicherungen oder für Bildung. Zudem kann der Bundesrat aber auch im Rahmen des Budgets lineare Abstriche auf ungebundene Ausgaben vorschlagen. Das Beispiel dafür sind die Sparmassnahmen beim Personal, dessen Kosten nur 8 % des Gesamtbudgets des Bundes ausmachen.

Konsolidierungsprogramme

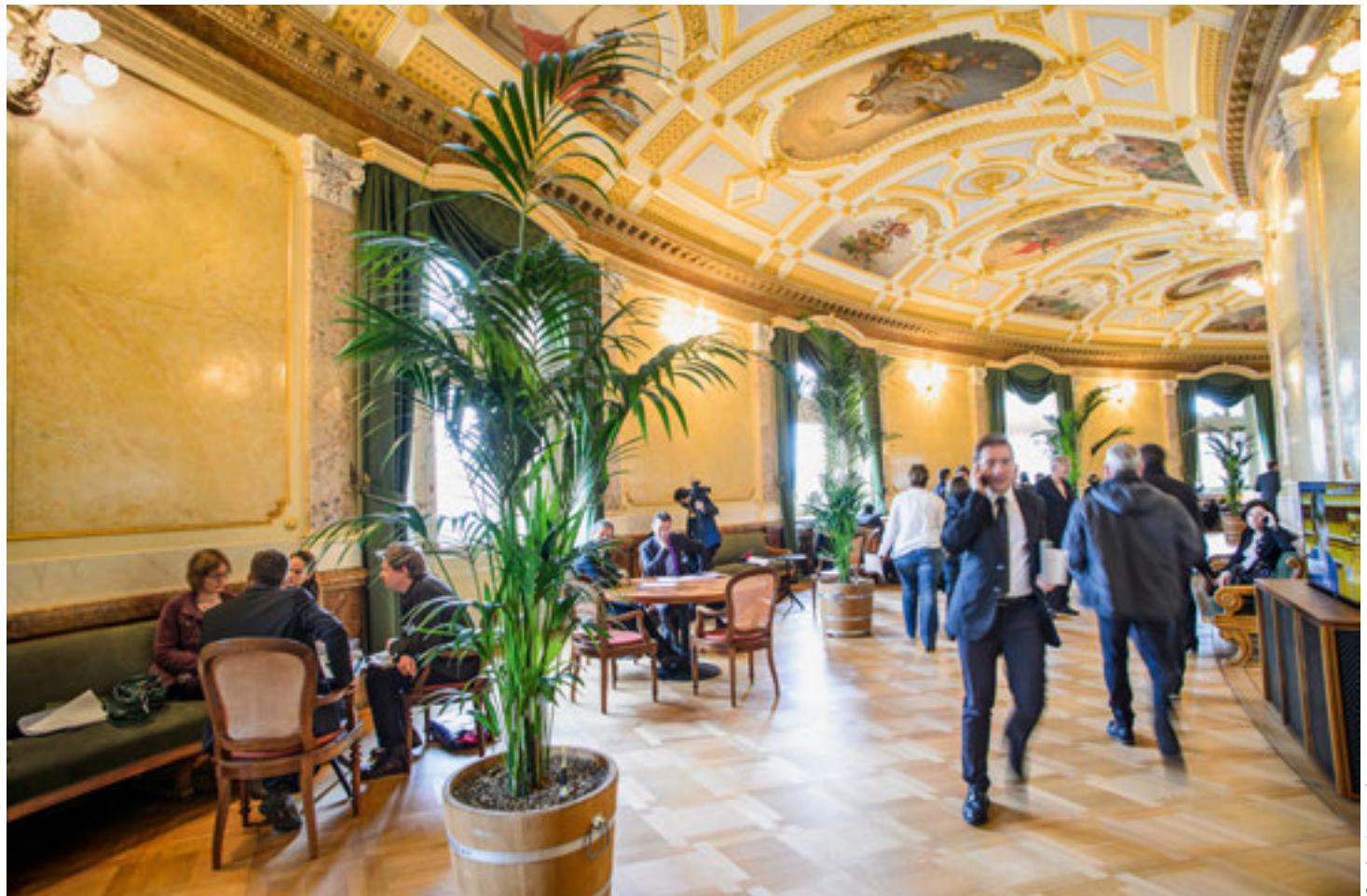
Konsolidierungs- und Stabilisierungsprogramme sind über mehrere Jahre dauernde Massnahmen mit dem Ziel, die Finanzen des Bundes im Gleichgewicht zu behalten. Sie dauern in der Regel mehrere Jahre und bestehen aus Massnahmen auf der Ausgabenseite wie auch auf der Einnahmenseite – wie etwa Steuererhöhungen.

Aufgabenüberprüfung

Aufgabenüberprüfungen führen in der Regel zu strukturellen Reformen und Priorisierungen, die Ausgaben reduzieren und Einnahmen erhöhen sollen. Damit soll dann der Haushalt des Bundes entlastet werden. Beispiele für Reformen, die aus einer Aufgabenüberprüfung hervorgegangen sind: Altersvorsorge 2020, Weiterentwicklung der Armee und die Bundesverwaltungsreform (REF 05/07).

Aufgabenverzichtsplanung

Die Aufgabenverzichtsplanung zielt darauf ab, auch in kleineren Aufgabenbereichen der Verwaltung zu sparen. Dabei geht es um sogenannte Effizienzsteigerungen und den Verzicht auf Aufgaben, die nach einer Überprüfung als überflüssig oder nicht mehr finanziert eingestuft werden.



© Béatrice Devènes

«Ob Bildung, Altersvorsorge oder Integration – die bürgerliche Mehrheit im Parlament könnte es später bitter bereuen, die Handbremse angezogen zu haben».

1980er-Jahre, als sich die Kehrseite des Postmaterialismus offen zeigte: Wohlstand war kein kollektives Ziel mehr, der Individualismus zog ins

Der Staat wächst also auch, weil es das Volk so will.

Land. Und mit ihm die Haltung, dass die Bürgerinnen und Bürger für vieles nicht mehr auf den Staat angewiesen seien. In der Schweiz läutete die FDP selbst die Stunde des Neoliberalismus ein und verkündete «Mehr Freiheit, weniger Staat». Die neue Devise verbreitete sich schnell und löste systemverändernde Diskussionen aus. Deregulierung und Privatisierung von staatlichen Leistungen wurden auf die politische Agenda gesetzt. Das, was

Stabilisierungsprogramm 2017–2019 und «Ausgabenmoratorium»

Im Mai dieses Jahres hat der Bundesrat die Botschaft zum Stabilisierungsprogramm 2017–2019 zuhanden des Parlaments verabschiedet. Das Programm sieht Sparmassnahmen in der Höhe von 800 Millionen bis zu einer Milliarde Franken pro Jahr vor. Alle Bereiche und Aufgaben des Bundes sind betroffen, jedoch nicht alle gleichermassen. Die Vorlage beinhaltet auch eine Abwälzung von Ausgaben auf die Kantone, die nach der Vernehmlassung aufgrund von kritischen Rückmeldungen der Kantone verringert wurde. Auch die Ausgaben bei der Armee sollen wegen eines Beschlusses des Parlaments nicht wie geplant gekürzt werden.

Kurz nach dem bundesrätlichen Beschluss zum Stabilisierungsprogramm wurden weitere Sparmassnahmen angekündigt. Das geschah, weil der Bundesrat in seiner Haushaltsprognose davon ausgeht, dass trotz Stabilisierungsprogramm die Schuldenbremse nicht eingehalten werden kann. Der Bundesrat verortet Mehrausgaben bei der Altersvorsorge, bei kostenrelevanten Beschlüssen des Parlaments und im Asylbereich. Darum hat Finanzminister Ueli Maurer, gemäss Bericht der NZZ am Sonntag vom 12. Juni 2016, ein «Ausgabenmoratorium» ins Spiel gebracht. Dieses würde die Verwaltung verpflichten, Vorhaben, die den Bundeshaushalt zusätzlich belasten, zurückzustellen. Zudem, meint er, müsse man dem Parlament bei kostenrelevanten Volksinitiativen und Vorfällen die Ablehnung empfehlen. Hinzu stellt Maurer ein weiteres Stabilisierungspaket für 2018–2020 in Aussicht und schlägt ein Ausgabenziel für das Jahr 2025 vor, das Verbindlichkeit schaffen soll. Auf der Einnahmenseite sieht Maurer keine Erhöhung der Steuern oder Abgaben vor.

RL

bisher ein klarer Auftrag der öffentlichen Hand war, wurde plötzlich der Privatwirtschaft überlassen. Wettbewerb und schlanke Strukturen sollten Preise senken, die Steuerlast reduzieren, mehr Freiheit bringen.

Die politischen Vorzeichen hatten sich radikal verändert. Die Linken, die während der 1950er- und 1960er-Jahre unaufhörlich den übermächtigen Staat kritisiert hatten, mutierten plötzlich zu den Verteidigerinnen und Verteidigern des Service public. Die FDP, die lange mit dem Staatsapparat gleichgesetzt wurde, führte den neoliberalen Zug gegen die einst von ihr gegründete Bürokratie an.

Die Utopie des schlanken Staates

Seitdem heisst es, der Staat solle schlank sein. Zeitgleich stabilisierten sich die Machtverhältnisse im Parlament in eine rechte Mehrheit. Seit den 1990er-Jahren und dem Siegeszug der SVP ist die Politik klar rechtsbürglich geprägt. Und dennoch ist der Staat gewachsen. Obwohl SVP, FDP und die Mitteparteien sich für die Stärkung der Privatwirtschaft und die Schwächung des Staatsapparates einsetzen, nehmen die Aufgaben des Bundes, der Kantone und der Gemeinden stetig zu. Zwischen 1990 und 2015 sind die Ausgaben des Bundes von 32,5 auf 67,5 Milliarden angestiegen,

trotz Schuldenbremse und Sparpaketen und trotz bürgerlichen Allianzen, die das Sparen zu ihrem Mantra gemacht haben. Der Staat will also nicht schlank werden, oder kann er es vielleicht nicht?

Partikularinteressen und Errungenschaften des Volkes

Föderalismus, Subsidiarität und das Konkordanzsystem führen dazu, dass immer wieder neue Mehrheiten für unterschiedliche Interessen gebildet werden. Diese Schlussfolgerung kommt nicht etwa von links, sondern vom radikal-liberalen Think-Tank Avenir Suisse, der die hinkende Sparpolitik der Bürgerlichen mit zwei Faktoren begründet: den Partikularinteressen und den gebundenen Ausgaben. Die eigenen heiligen Kühe werden von den Bürgerlichen im Parlament aus dem Budgetprozess herausgehalten und geschont; dort, wo man weniger Widerstand und das Wohlwollen der Wählerinnen und Wähler vermutet, wird eher gespart. Daraus resultieren die klassischen Konfliktlinien zwischen der Armee und der internationalen Zusammenarbeit oder zwischen der Landwirtschaft und der Bildung.

Zudem sind rund die Hälfte der Ausgaben des Bundes sogenannte gebundene Ausgaben. Diese sind an gesetzliche Bestimmungen geknüpft und

wurden durch Parlament und Stimmvolk bestimmt. Bundesbeiträge an die AHV oder an die Prämienverbilligung sind klassische Beispiele dafür. Diese Ausgaben zu drosseln, würde Gesetzesänderungen erfordern, die das Stimmvolk mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht gutheissen würde. Besonders Massnahmen des Wohlfahrtsstaates sind Errungenschaften, die die Bevölkerung nicht aufgeben will, wie sich wiederholt bei Abstimmungen gezeigt hat. Der Staat wächst also auch, weil es das Volk so will.

Verheerende Personalpolitik

Trotzdem will die Kritik am ausufernden Staat und an seinen Angestellten nicht abklingen. Mittlerweile verortet man – aus Erklärungsnot – die Gründe des Wachstums beim Personal selbst. Eine These, die immer wieder zu Rate gezogen wird, ist das «Parkinson'sche Gesetz». Die Theorie des britischen Soziologen Cyril Northcote Parkinson definiert Arbeit als eine ausdehbare Grösse, die sich nicht zwingend im Verhältnis zu den Aufgaben entwickelt. Arbeit verursache also mehr Arbeit, weil Angestellte dazu tendieren würden, ihre

Arbeit nicht mit Kolleginnen und Kollegen teilen zu wollen, sich selbst als unersetztlich betrachten und die Arbeit über mehrere Hierarchiestufen verteilen. Deziert dieser Meinung war offensichtlich der ehemalige Bundesrat Christoph Blocher, der im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement einen radikalen Stellenabbau durchgezogen hat. 2005 liess er 116 von 585 Stellen streichen und versprach, dies würde keine Leistungskürzungen bedeuten. Die Aktion war für die An-

Der Staat wächst.

Aber das hat Gründe; die meisten davon sind gut.

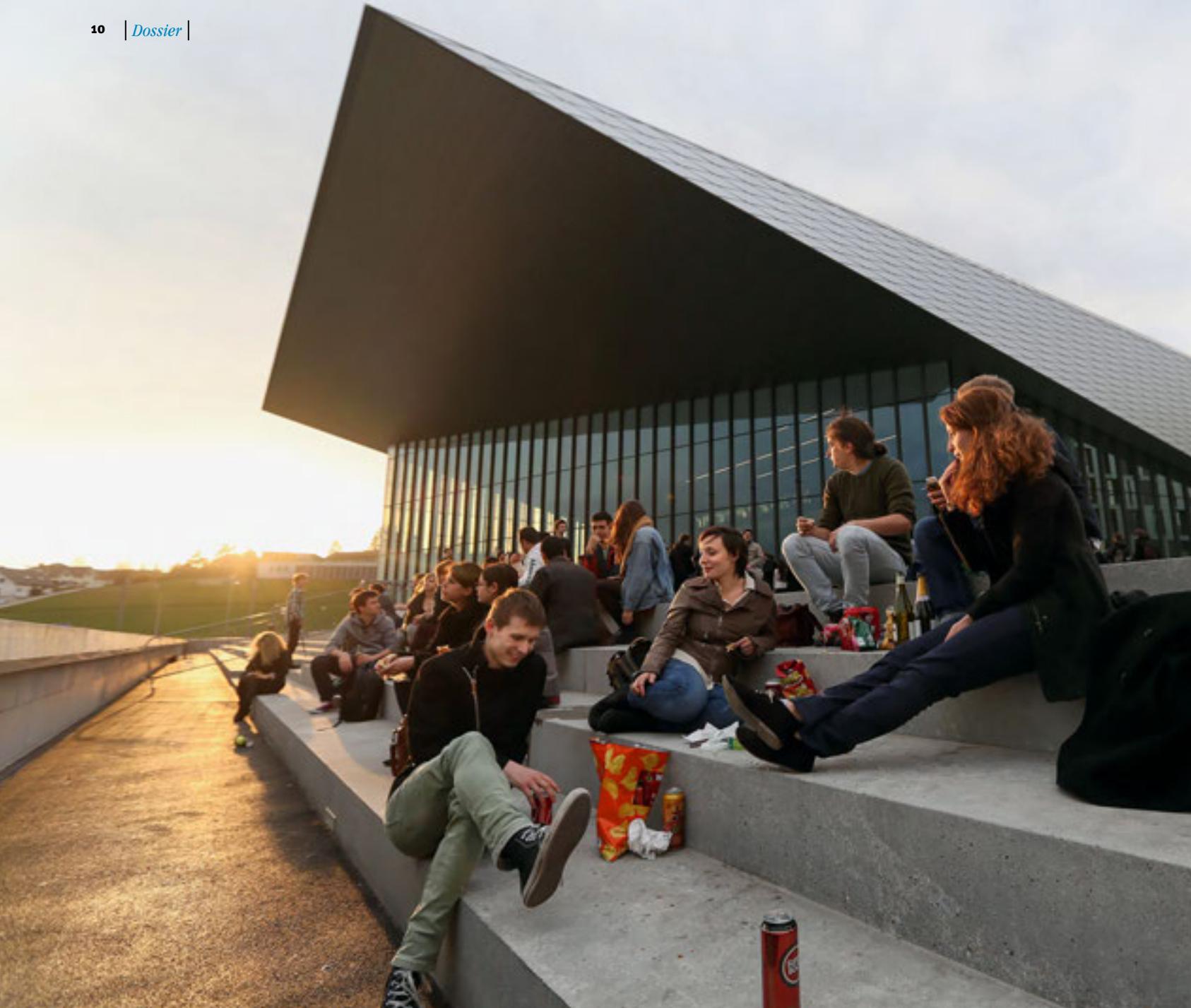
gestellten verheerend und löste eine Welle von Reorganisationsversuchen aus, die heute noch andauern. Allen voran das Staatssekretariat für Migration, das sich in den letzten Jahren mit einem massiven Zuwachs an Aufgaben konfrontiert sah und wieder mehr Stellen schaffen musste.

Der Staat wächst. Aber das hat Gründe; die meisten davon sind gut.



© PVB

«Der Service Public ist nicht nur eine Aufgabe des Staates, er begründet ihn». Das Bundespersonal demonstrierte am 4. November 2015 in Bern für dessen Beibehaltung.



«Der Spardruck ist beängstigend: Bildung ist ein Luxus, die Renten unbezahlbar und die Flüchtlinge kosten zu viel...»

Sparen mit System

Romina Loliva

**Entlastung ist hoch im Kurs. Bundesrat und Parlament beschliessen ein Sparpaket nach dem anderen, ein Ende ist nicht in Sicht. Obwohl es ins Geld gehen kann.
Ein Essay über das Sparen mit System.**

Ueli Maurer kennt sich mit Zahlen aus. Der gelernte Rechnungsführer ist zum Buchhalter der Nation aufgestiegen. Und wenn Maurer in die Zukunft schaut, verfinstert sich sein Blick. Er, ein Babyboomer, wird bald in Pension gehen wie unzählige andere auch. Kinder gibt es seit den 1970er-Jahren immer weniger. Das bereitet Maurer Sorgen. Wer soll denn seine Rente zahlen?

Bis im Jahr 2045 wird sich, gemäss Berechnungen des Bundesamtes für Statistik (BFS), der Anteil der über 80-Jährigen verdoppelt haben, und die über 65-Jährigen, die dann in Rente gehen, werden fast die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung ausmachen. Die Schweiz, ein Land von Greisen. Und eines, das in Gesundheits- und Sozialkosten versinken wird. Wenn Maurer daran denkt, dann weiss er, das Geld reicht nicht. Darum meint er, die Schweiz müsse sparen. Aber wie?

Sparen ist Programm

Sparprogramme, Konsolidierung, Ausgabenstop, Stabilisierung. Seit Jahrzehnten setzt ein Bundesrat nach dem

anderen den Staat auf Diät. Ein strukturelles Defizit jagt das nächste, und auf Sparpaket folgt Sparpaket, bis niemand mehr weiss, welches schon beschlossen ist, welches gerade umgesetzt wird und welches das nächste ist.

Das Verwirrspiel wird dann vom Parlament perfektioniert: National- und Ständerat zupfen, üren, machen auf und wieder zu, streichen heraus, was nicht genehm ist, und erhöhen dort, wo sich niemand wehrt. Wer soll da noch schlau werden?

Die unselige Geschichte des Sparend hat System. Und das gründet auf der Idee, dass Sparen eine Verpflichtung ist. Der Staat muss schlank sein, sich auf das Nötigste beschränken. Deshalb wird er aufs Laufband geschickt, um den Speck loszuwerden. Und weil er ja nicht zunehmen soll, wird ihm Nahrung nur in kleinen Mengen verabreicht. Jenseits von Diätanalogien heisst das: Ausgabenreduktion und keine Erhöhung der Einnahmen.

Die Bremse angezogen

Das System macht Schule. In den letzten 15 Jahren hat der Bund mehrere

Sparprogramme eingeleitet und Massnahmen definiert, die dazu führen sollen, den Staat schlank zu halten. Als Erstes gab sich die Schweiz ein Korsett, das von vielen Politikerinnen und Politikern als grosse Errungenschaft angesehen wird: die Schuldenbremse. Im Prinzip eine recht einfache Sache. Der Staat darf nicht mehr ausgeben als das, was er einnimmt. Das im Jahr 2001 durch eine Volksabstimmung in der Verfassung verankerte Prinzip der Schuldenbremse führt zwar dazu, dass Schulden abgebaut werden können, begründet jedoch auch jede Sparmassnahme, sei sie sinnvoll oder nicht. Nur in Ausnahmefällen darf der Staat diese in kurzer Zeit kompensieren. Eine der Ausnahmen, die im Moment auf dem Plan stehen, sind die Kosten im Asylbereich. Tausende von Menschen kommen nach Europa und ersuchen um Asyl. Auch in der Schweiz. Das führt zu erhöhten Kosten, die man sich wegen der Schuldenbremse nicht leisten darf. Plötzlich wird das Asylwesen zum finanzpolitischen Debakel. Weil die Kosten nicht gesteuert werden können, müssen an-

© Alain Herzog, EPFL

«Als Folge der katastrophalen Personalpolitik, die ein gewisser Christoph Blocher 2005 zu verantworten hatte, musste das Staatssekretariat für Migration angesichts des Zustroms von Migrantinnen und Migranten neues Personal einstellen und zusätzliche Stellen schaffen.»



© Christoph Engeli, SEM

dere Bereiche zurückstehen. Dasselbe bei den Initiativen: Weil nicht nur Ueli Maurer sich fragt, wer denn die Renten zahlen soll, hat das Schweizer Stimmvolk über die von den Gewerkschaften lancierte AHV-plus-Initiative abgestimmt. Nur: Es ist einerlei, ob die Initiative die Zukunft der Mehrheit der Arbeitnehmenden etwas sicherer machen würde, leisten könnten wir sie uns nicht. So lautet zumindest die Haltung von Bundesrat und Parlament. Und wenn sie dennoch angenommen worden wäre, dann müssten wir anderswo sparen. Bei der Bildung zum Beispiel. Weniger Geld für Forschung und Innovation, Abstriche bei der Lehre, weniger Stipendien. Man muss eben sparen. Folgerichtig macht man den Leuten Angst. Flüchtigen Kosten zu viel, die Renten sind nicht zu bezahlen, Bildung ist ein Luxusgut.

Auch die Einnahmeseite gibt Anlass zu Diskussionen. Höhere Steuersätze haben es in der Schweiz sehr schwer. Den Bürgerinnen und Bürgern soll so viel wie möglich im Portemonnaie bleiben, damit die Konjunktur nicht in

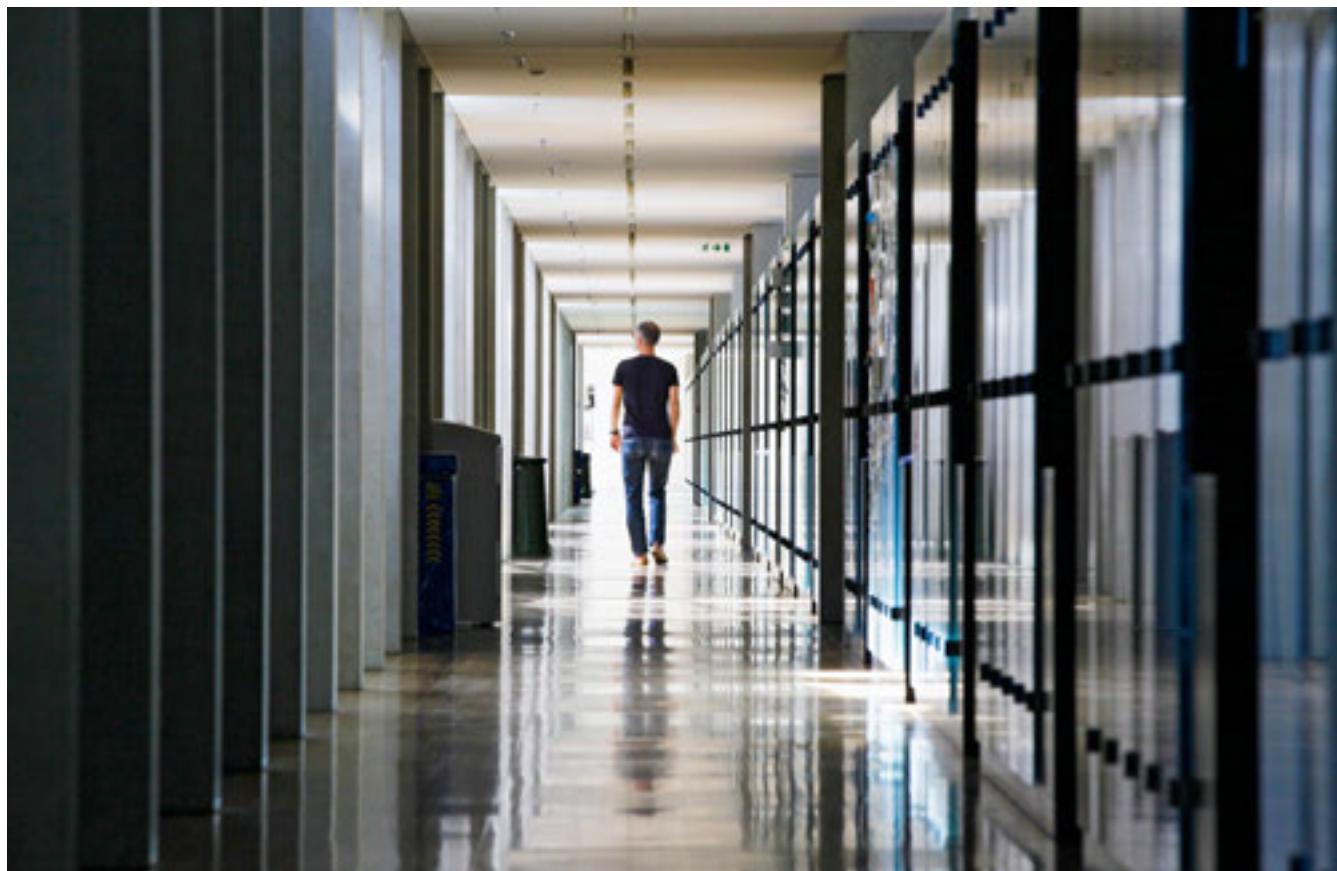
die Rezession gerät. Den Unternehmen soll ein steuergünstiges Umfeld geboten werden, damit sie die Schweiz als Hauptsitz wählen. Das Konzept vom Steuerparadies hat die Schweiz ja schliesslich reich gemacht. Wenn dann Schieflage kommt und das Paradies plötzlich die Spielregeln ändern muss und Privilegien für die Unternehmen abbauen soll, dann greift man zur Reform. Die Unternehmenssteuerreform – die dritte – soll es richten. Auch wenn sie zu massiven Einbussen für die Staatskasse führen wird. Da müssen wir durch. Das heisst wieder sparen.

Reformen sind im Allgemeinen ein beliebtes Instrument der Sparpolitik. Aufgabenüberprüfung und Aufgabenverzichtsplanung heißen sie, die effizienzsteigernden Programme, die aufzeigen sollen, wo überall Synergien geschaffen, wo priorisiert werden kann. Und was einfach nicht mehr gemacht wird. Die eine oder andere Stelle wird dann wohl über die Klinge springen müssen.

Die Quadratur des Kreises

Sparen ist also oft eine subjektive Angelegenheit. Wem die Strasse wichtig ist, dem ist der öffentliche Verkehr ein Dorn im Auge. Wer findet, der Staat solle unbürokratischer werden, der streicht beim Personal. Das ist die Quadratur des Kreises. Das Bundespersonal, das die stetig wachsenden Aufgaben des Staates erledigen soll, weiss um die Sparbemühungen der Politik. Es bearbeitet Anfragen, beantwortet Vorstösse, erarbeitet Strategien, zeigt Lösungen auf, auch wenn es darum geht, sich selbst wegzusparen. Zum Beispiel soll das Bundesamt für Statistik, das Zahlen zu allem Möglichen liefert und wohl die meistzitierte Quelle im Parlament ist, aufgeräumt werden. Wenn es nach der SVP ginge, sollte man gar das Budget halbieren und die Hälfte der Mitarbeitenden auf die Strasse setzen. Also machen sich die Angestellten daran, herauszufinden, wie das denn gehen soll. Der Vorschlag wird eingereicht, geht durch die Parlamentsdienste, landet beim zuständigen Amt. Bereits sind viele Ar-

beitsstunden investiert worden. Man studiert die Zahlen, schreibt Berichte, stellt Argumente zusammen, wie und ob man die Stellen von Kolleginnen und Kollegen streichen könnte. Gern macht das niemand. Aber es ist der Job. Und der wird gut gemacht. Die Zahlen und Fakten gehen zum Bundesrat, es wird darüber debattiert. Jemand schreibt Protokoll, andere kümmern sich um die Unterlagen für das Parlament. Nicht zu vergessen: Alles wird noch in die zwei anderen Landessprachen übersetzt. Noch mehr Arbeitsstunden vergehen. Es ist der Job. Wie es ausgehen wird, weiss noch niemand. Etwas fällt dennoch auf: Sparen kostet, vor allem wenn man aus Sparwut Fehler macht, die später wieder eine Menge kosten werden. Die Bildung, die Renten, die Integration – wir könnten es später bitter bereuen, jetzt die Bremse angezogen zu haben. Und jenen zu drohen, die tagtäglich einen guten Job machen, damit die Politik sich darüber streiten kann, das ist das Dümmste überhaupt.



© Christoph Schütz, BFS

«Das Bundesamt für Statistik ist zweifelsohne diejenige Quelle, die im Parlament am häufigsten zitiert wird. Würde man jedoch auf die SVP hören, so müsste man die Hälfte des Budgets dieses Bundesamts zusammenstreichen und die Hälfte des Personals entlassen.»



© Christian Pfander

«Was möchten Sie den Angestellten des Bundes, die sich Sorgen um ihre Stelle und ihre Zukunft machen, gerne mitteilen?»

Gespräch zwischen Bundesrat Ueli Maurer und Maria Bernasconi, Generalsekretärin des PVB

Interview:
Maria Bernasconi

Was bedeutet Ihnen als Bundesrat der Service public?

Ueli Maurer: Für mich ist der Service public wie für viele ein fester Bestandteil der Schweiz. Er ist hervorragend ausgebaut, im Vergleich zum Ausland effizient und ein wichtiger Eckpfeiler für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz.

Hat aus Ihrer Perspektive das Parlament auch Arbeitgeberrolle, und wenn ja, nimmt es seine Fürsorgepflicht ernst?

Die Rollen sind klar verteilt: Der Bundesrat ist oberster Arbeitgeber und steht damit auch in der Pflicht gegenüber dem Bundespersonal. Das Parlament spricht mit dem Budget die nötigen finanziellen Mittel für das Bundespersonal und kann damit die Personalpolitik des Bundesrats jedoch übersteuern.

Was möchten Sie den Angestellten des Bundes, die sich Sorgen um ihre Stelle und ihre Zukunft machen, gerne mitteilen?

Die Bundesverwaltung ist nach wie vor eine sehr attraktive Arbeitgeberin, die hervorragende Anstellungsbedingungen und Weiterentwicklungsmöglichkeiten bietet. Aber es gilt Mass zu halten. Dazu gehört auch, gewisse Anstellungsbedingungen von Zeit zu Zeit auch einmal zu hinterfragen und zu prüfen, ob diese noch zeitgemäß sind.

Welche Auswirkungen werden die schon beschlossenen und zukünftigen Sparmassnahmen auf die Leistungen der Bundesverwaltung haben? Sehen Sie Leistungskürzungen vor? Wenn ja, in welchen Bereichen?
Es ist zu früh, darauf eine verbindliche Antwort zu geben. Über die bereits beschlossenen Massnahmen (Stabilisierungsprogramm 2017–2019) berät das Parlament in der Herbstsession, und für eine Einschätzung künftiger Sparmassnahmen müssen wir die finanzpolitischen Entwicklungen abwarten.

Müssen die Bundesangestellten nun damit rechnen, dass es nie mehr eine Lohnerhöhung geben wird, da es ja auch bei positivem Rechnungsabschluss keine mehr gegeben hat?

Wenn es dem Bund finanziell wieder besser geht, wenn wir eine Teuerung ausweisen oder der Arbeitsmarkt nach einer generellen Erhöhung des Lohnniveaus verlangt, wird der Bundesrat reagieren müssen. Momentan ruft keiner dieser Faktoren nach einer Reaktion. Seit zwei Jahren weisen wir negative Teuerungsraten aus, der Bund muss den Gürtel enger schnallen, und die Bundesverwaltung ist auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft vom PVB? *Eine gute, offene und faire Zusammenarbeit. Im offenen Dialog können die besten Lösungen gefunden werden.*



Le lobbyisme devenu indispensable pour les syndicats du service public

Les employé-e-s de la Confédération sont devenus des habitués des programmes d'économies. Le Conseil fédéral, lui, tient les cordons de la bourse bien serrés. Plus que de raison, à vrai dire: année après année, les comptes bouclent dans les chiffres noirs, avec une surprise à peine feinte de nos grands argentiers! Mais 2016 n'est pas comparable aux années et décennies précédentes, on va beaucoup plus loin.

La 3^e réforme de l'imposition des entreprises (RIE III) et ses nouvelles niches fiscales causera des pertes de plus de 1 milliard de francs par an pour la Confédération. Aucune mesure corrective n'a été adoptée par le Parlement, pas même des contrôleurs fiscaux supplémentaires! La Confédération a déjà anticipé la baisse des recettes avec un programme de stabilisation. Sont menacés non seulement les conditions de travail du personnel de la Confédération, la formation (EPF, HES), l'agriculture (Agroscope y compris), les assurances sociales (prestations complémentaires, etc.), mais aussi le service public assuré par la Confédération dans son ensemble. Et ce n'est pas fini: deux mesures, reportées par les Chambres fédérales pour ne pas surcharger le bateau, à savoir la suppression du droit de timbre et l'introduction d'une taxe au tonnage, entraîneront une autre diminution des recettes fiscales de plusieurs milliards. Avec RIE III (et dans un proche avenir RIE IV), la Suisse pratique des taux d'imposition comparables à ceux de la Bulgarie ou de la Roumanie, soit bien en dessous de la plupart des pays avec un niveau de développement identique au nôtre. Pourtant, les milieux partisans à tous crins du moins d'Etat profitent aussi des services assurés par le personnel de la Confédération, mais avec une mentalité de pique-assiette.

Dans ce contexte, le travail indispensable de lobbyisme au Parlement est plus nécessaire que jamais, surtout pour les syndicats du service public de la Confédération! A une époque où le Parti radical incarnait encore l'Etat, feu Erich Weisskopf, secrétaire général de l'APC a été conseiller national de 1963 à 1971 sous les couleurs de ce parti. Le Syndicat du personnel des transports (SEV), avec lequel nous collaborons étroitement, compte depuis de nombreuses années sur ses représentants aux Chambres fédérales: autrefois Ernst Leuenberger et Pierre-Alain Gentil, aujourd'hui Philipp Hadorn et Edith Graf-Litscher. Un autre exemple avec Transfair qui a élu le conseiller national Stefan Müller-Altermatt à sa présidence, succédant à Chiara Simoneschi-Cortesi.

En 2012, j'ai œuvré, avec le soutien du comité directeur, pour convaincre la conseillère nationale Maria Bernasconi de rejoindre l'APC en occupant le poste de secrétaire générale et représenter ainsi les intérêts de nos membres sous la coupole. Cet indispensable travail de lobbyisme qu'a fait Maria jusqu'à l'automne passé doit perdurer. Le choix du comité directeur s'est porté tout naturellement sur la conseillère nationale Barbara Gysi (PS/SG), compte tenu de son engagement pour le personnel de la Confédération durant la législature précédente et de sa connaissance et son expérience dans le domaine syndical et du service public. Barbara Gysi sera ainsi proposée pour élection à la présidence de l'APC lors de la prochaine assemblée des délégué-e-s.

Quant à moi, je ne renonce pas à cette fonction par découragement ou par fatigue. J'ai voulu et j'ai favorisé la candidature de Barbara Gysi à la présidence de l'APC purement par intérêt de notre association et ses membres. Je suis pour ma part déterminé à continuer mon engagement pour l'APC et je me présenterai à la vice-présidence.

René-Simon Meyer, président de l'association



3 lettres ...

L'heure des comptes a sonné

Fini les vacances, c'est la rentrée! Vous avez un moral à toute épreuve et vos batteries sont rechargées à bloc? Je vous le souhaite, car l'automne promet d'être chaud pour le personnel de la Confédération! Entrons dans le vif du sujet: les économies. Un thème qu'on aura pris soin d'éviter durant l'été, histoire de ne pas gâcher l'ambiance des terrasses baignées de soleil, mais qui nous rattrape bien vite: durant la session d'automne, le programme de stabilisation 2017–2019 est mis en discussion. Les dépenses du personnel devront, selon le message du Conseil fédéral, être réduites concrètement de 165 millions de francs par rapport au plan financier 2016–2018, soit une nouvelle coupe de 40 millions de francs dans le budget 2017. Et ce n'est pas fini: le Département des finances propose déjà au Conseil fédéral de nouvelles réductions substantielles des dépenses de la Confédération.

Pourtant, aucun argument objectif ne réussit à convaincre de la nécessité de telles mesures drastiques. Depuis des années, les dépenses du personnel ne représentent que 8% des dépenses totales du ménage fédéral. Opérer des coupes, mêmes brutes, n'assainira en rien les finances de la Confédération. Le conseiller fédéral Ueli Maurer le reconnaît lui-même et s'est exprimé dans ce sens à plusieurs reprises, que ce soit dans les médias ou face aux associations de personnel. Or, le



en 2 mots

Conseil fédéral continue d'appliquer dans le domaine du personnel une politique d'austérité stricte! Et puis, rappelons que la Confédération est assise sur une fortune de près de 42 milliards de francs.

Dans l'environnement de marché actuel, avec les intérêts négatifs, l'Etat doit investir dans le futur: formation, infrastructures, développement des structures extrafamiliales, etc. Et stopper ses plans d'économies à répétition!

Même si elles n'apparaîtront qu'avec un décalage dans le temps, les mesures d'économies qui touchent le personnel auront d'importantes incidences négatives sur le fonctionnement de l'administration. Certains départements (affaires étrangères, justice et police) parlent aujourd'hui de démantèlement des prestations et de suppressions d'emploi. Ces mesures affaiblissent l'Etat, un non-sens en ces temps d'insécurités augmentées et d'attentes de la population grandissantes face aux administrations publiques. Affaiblir l'Etat signifie laisser libre cours à la loi du plus fort, au néolibéralisme forcené, ce qui peut avoir des conséquences graves, comme on peut le constater aujourd'hui. Grâce à un service public fort, nous pouvons nous donner les moyens pour prévenir et maintenir la démocratie telle que nous l'avons vécue jusqu'à aujourd'hui. Défendons-le, à tout prix!

Maria Bernasconi, secrétaire générale



L'utopie d'un Etat svelte

Romina Loliva

**L'Etat n'en finit pas de croître en dépit de tous les efforts d'économies.
Pourquoi?
Essai d'explication.**



© Béatrice Devènes / Pixsl

L'Etat n'arrête pas de grossir et risque fort de dépasser les bornes. «L'Etat est arrogant et avide, mou et inefficace. Comme le sont ses employé-e-s. De vrais fonctionnaires. Jamais là quand on a besoin d'eux, tracassiers à outrance et grassement

ce qui équivaut à une croissance de 40 000 nouveaux emplois en 25 ans. L'Etat est le plus grand employeur du pays, loin devant les entreprises privées. La Confédération compte à elle seule 37 286 collaboratrices et collaborateurs (ou 34 935 emplois à plein

«L'Etat croît pour honorer son mandat de service public.»

payés. Il faut que cela cesse!» Qui ne connaît pas cette éternelle rengaine sur le personnel de l'Etat? Cela posé, il est vrai que l'Etat ne cesse de grossir et que son effectif du personnel grossit avec lui. La Confédération, les cantons et les communes créent chaque jour de nouveaux emplois. En 1991, l'administration publique employait 120 000 personnes à plein temps, aujourd'hui, elle en emploie 160 000,

temps). Aujourd'hui, les cauteleux partis bourgeois ne sont plus seuls à voir cette évolution d'un mauvais œil et à la dénoncer. D'autres milieux – politiques, médias, scientifiques – se sont joints au concert des critiques et des récriminations. Pourtant, l'Etat continue de croître. Comment cela se fait-il?

Fédéralisme et subsidiarité

Revenons en arrière. L'Etat fédéral créé en 1848 est le résultat d'une position libérale. Les cantons, qui sortaient alors d'une période turbulente, s'allient et se donnent une structure fédérale destinée à représenter leurs intérêts communs et à les défendre vis-à-vis de l'extérieur. Le principe de subsidiarité, voulant que le niveau supérieur ne prenne en charge que les tâches dont les niveaux inférieurs ne peuvent s'acquitter, relève du même ordre d'idées. C'est sur ces bases que la Confédération moderne s'est développée au fil de son histoire. Les communes et les cantons jouissent d'une grande autonomie, la Confédération intervenant pour s'occuper de tâches supérieures de portée générale. Qui dit tâches, dit coûts. Le principe de subsidiarité s'applique également aux produits de l'Etat; les communes, les cantons et la Confédération engrangent des recettes fiscales plus ou moins élevées. La création de

«L'Etat croît-il parce qu'il ne veut pas maigrir, ou parce qu'il ne le peut pas?»

té, accessibles à toutes les catégories de la population dans toutes les régions du pays à des prix abordables et selon les mêmes principes».

Mais depuis 1870, les choses ont changé. Elles se sont accélérées et complexifiées. La croissance de la population et de l'économie est allée de pair avec la multiplication des exigences; les gens veulent être mobiles, communiquer sans frein ni limite, bénéficier de soins et d'un système de formation d'excellente qualité... en même temps qu'ils deviennent de plus

en plus vieux. Ces changements sociétaux se répercutent par la force des choses sur les tâches de l'Etat.

L'Etat croît pour honorer son mandat de service public.

Public ou privé?

L'Etat a été longtemps d'obédience libérale, les libéraux-radicaux jouant les premiers rôles dans le Conseil fédéral et dans l'administration publique. Même la montée politique des socialistes et la création de syndicats des employé-e-s du service public

Mesures d'économies – petit tour d'horizon des mécanismes

Le frein à l'endettement

Le frein à l'endettement est un mécanisme relativement simple qui sert à gérer l'ensemble des dépenses de la Confédération afin d'empêcher les déficits chroniques. En vertu de ce mécanisme, inscrit dans la Constitution en 2001, les dépenses de la Confédération ne doivent pas excéder les recettes sur l'ensemble d'un cycle conjoncturel. Par ailleurs, toujours selon le frein à l'endettement, les dépenses extraordinaires doivent être compensées dans le budget ordinaire dans les six années comptables suivant leur engagement.

Le programme d'économies

Le programme d'économies est un dispositif courant de réduction des dépenses dans le cadre du processus budgétaire. Les dépenses de l'Etat sont en majeure partie affectées en vertu d'une loi. Si la Confédération veut réduire ses dépenses liées, elle doit proposer une modification des lois correspondantes, qui doit être acceptée par le Parlement. Mentionnons par exemple les dépenses pour les assurances sociales ou la formation. Le Conseil fédéral peut aussi proposer des réductions linéaires de dépenses non liées dans le cadre du budget. Les mesures d'économies concernant le personnel dont les coûts ne représentent que 8% du budget total de la Confédération, en sont un bon exemple.



© Fotolia

Le programme de consolidation

Les programmes de consolidation et de stabilisation sont des mesures à plus long terme qui ont pour objectif d'équilibrer les finances fédérales. Ces programmes généralement pluriannuels incluent des mesures aussi bien du côté des dépenses que du côté des recettes, p. ex. des augmentations d'impôts.

Le réexamen des tâches

Un réexamen des tâches aboutit généralement à des réformes structurelles et à des priorisations, censées réduire les dépenses et augmenter les recettes, le but ultime étant de décharger les finances fédérales. Mentionnons comme exemples de réformes ayant découlé d'un réexamen de tâches, la Prévoyance vieillesse 2020, le projet de Développement de l'armée (DEVA) et la Réforme de l'administration fédérale (REF 05/07).

Le programme d'abandon de tâches

Le programme d'abandon de tâches (PAT) doit permettre d'économiser également dans des domaines de tâches plus petits de la Confédération, en améliorant l'efficacité de certaines tâches et en renonçant à celles qui, après examen, s'avéreraient superflues ou dont le financement ne pourrait plus être assuré. En clair: le PAT vise à simplifier les structures et à réduire les coûts en maintenant autant que possible l'efficacité de l'administration.

l'Etat fédéral a posé les fondements d'un édifice qui est partie intégrante de l'identité suisse et considérée par tous comme une évidence: le «service public».

L'Etat est là pour tous

Attestée pour la première fois dans les années 1870, la notion de service public définit l'ensemble des prestations fournies par la Confédération, les cantons et les communes. Le service public n'est pas seulement une tâche de l'Etat, il en est aussi la raison d'être. Sans service public, l'Etat suisse failletrait à sa mission régie par les principes directeurs de la démocratie directe, du fédéralisme et de la subsidiarité. Au nom du service public, il assure l'approvisionnement de base du pays et garantit le maintien et le développement de cet approvisionnement au moyen d'infrastructures adéquates. Selon la définition du Conseil fédéral, «le service public comprend une offre de services de base de quali-

RL



© Béatrice Devènes

«Qu'il s'agisse de formation, de prévoyance vieillesse ou d'intégration, la majorité bourgeoise du Parlement pourrait regretter amèrement d'avoir tiré le frein à main.»

Le programme de stabilisation 2017–2019 et le moratoire sur les dépenses

En mai de cette année, le Conseil fédéral approuvait le *Message sur le Programme de stabilisation 2017–2019 à l'attention du Parlement*. Le programme prévoit des économies de 800 millions à 1 milliard de francs par année par rapport au plan financier de 2015. Il frappe tous les domaines et toutes les tâches de la Confédération, quoique pas tous dans la même mesure. Le programme prévoit également un transfert de charges aux cantons, transfert dont le montant a été revu à la baisse suite aux vives réactions des cantons dans le cadre de la consultation. Idem pour les dépenses de l'armée, qui ne seront pas réduites dans l'ampleur prévue suite à un arrêté parlementaire.

Peu après l'arrêté du Conseil fédéral relatif au programme de stabilisation, on annonçait déjà de nouvelles mesures d'économie. Le motif? Selon les projections budgétaires, le programme de stabilisation ne permettra pas à lui seul de respecter les exigences du frein à l'endettement. Le Conseil fédéral prévoit en effet des déficits structurels dus, d'une part, à la hausse des dépenses dans le domaine de l'asile, d'autre part, à des décisions du Parlement ayant une incidence sur les coûts (réforme Prévoyance vieillesse 2020, projet de Développement de l'armée DEVA, etc.). C'est pourquoi le ministre des finances Ueli Maurer a plaidé en faveur d'un moratoire sur les dépenses, selon un article de la NZZ am Sonntag du 12 juin. Cette mesure obligera l'administration à reporter tous les projets qui surchargent les finances fédérales. Ueli Maurer appelle en outre le Conseil fédéral à encourager les parlementaires à rejeter les interventions et initiatives populaires dont l'application pourrait entraîner une hausse du déficit. Finalement, il propose l'élaboration d'un nouveau plan de stabilisation pour 2018–2020, ainsi que la définition d'un cadre financier contraignant pour 2025. Côté recettes par contre, le ministre ne prévoit pas d'augmentations d'impôts ni de taxes.

«L'Etat croît, aussi parce que le peuple le veut.»

comme l'APC ne parviennent pas, pendant longtemps, à entamer la prédominance du PLR comme force motrice de l'Etat. Jusque dans les années 1980, lorsque le postmatérialisme dévoile son autre face: la prospérité n'est plus un objectif collectif, l'heure est à l'individualisme. Cette évolution va de pair avec l'idée que les citoyennes et citoyens ne doivent pas s'en remettre à l'Etat pour toutes choses. En Suisse, le PRL sonne l'heure du néolibéralisme et réclame «plus de liberté, moins d'Etat». La nouvelle devise se répand rapidement, suscite des débats qui engendrent des changements de système. La dérégulation et la privatisation de services publics figurent désormais sur l'agenda politique. Du jour au lendemain, certaines tâches dévolues aux pouvoirs publics sont déléguées au secteur privé. Il est attendu que la concurrence

et un appareil d'Etat plus svelte feront baisser les prix, allègeront la charge fiscale et se traduiront par plus de liberté individuelle.

Les prémisses politiques ont radicalement changé. Les partis de gauche, qui n'avaient cessé de critiquer l'omnipuissance de l'Etat dans les années 1950 et 1960, se muent d'un coup en ardents défenseurs du service public. Et le PRL, longtemps assimilé à l'appareil du pouvoir, engage une croisade néolibérale contre la bureaucratie qu'il avait à l'origine lui-même créée.

L'utopie d'un Etat svelte

Désormais, l'Etat se doit d'être svelte. En même temps, les rapports de forces au Parlement se stabilisent vers une majorité de droite. Depuis les années 1990 et l'avancée triomphale de l'UDC, l'échiquier politique est clairement dominé par les partis bourgeois. Pourtant, l'Etat a continué de croître. Même si l'UDC, le PRL et les partis du centre militent pour le renforcement de l'économie privée et l'affaiblissement de l'appareil étatique, les dépenses de la Confédération, des cantons et des communes augmentent constamment. Entre 1990 et 2015, celles de la Confédération ont passé de 32,5 à 67,5 milliards de francs, nonobstant le frein à l'endettement et les

mesures d'économies, et malgré les alliances bourgeois qui ont fait de l'économie leur cheval de bataille. L'Etat croît-il parce qu'il ne veut pas maigrir, ou parce qu'il ne le peut pas?

Intérêts particuliers et acquis sociaux

Les principes du fédéralisme, de la subsidiarité et de la concordance ont pour effet, encore et toujours, la formation de nouvelles majorités pour des intérêts différents. Ce constat ne vient pas de la gauche, mais d'Avenir Suisse, le laboratoire d'idées radical-libéral, qui explique la politique d'économie bancale des partis bourgeois par ces deux facteurs: les intérêts particuliers et les dépenses liées. Les représentants des partis bourgeois au Parlement tiennent leurs propres vaches sacrées à l'écart du processus budgétaire et poussent à économiser plutôt là où l'on espère pouvoir compter sur la bonne volonté et la moindre résistance de l'électorat. Il en résulte les lignes de conflit classiques entre l'armée et la coopération internationale, ou entre l'agriculture et la formation.

Par ailleurs, près de la moitié des dépenses de l'Etat sont ce que l'on appelle des dépenses liées, autrement dit affectées en vertu d'une loi et donc

décidées par le Parlement et le peuple. Mentionnons à titre d'exemples les contributions de la Confédération à l'AVS ou à l'allégement des primes. La réduction de ces dépenses nécessite une modification des actes législatifs correspondants, modification qui, selon toute probabilité, serait rejetée par le peuple. Car la population n'est pas près de renoncer à des acquis sociaux comme les votations l'ont montré de manière répétée.

L'Etat croît, aussi parce que le peuple le veut.

s'estimant irremplaçables, préfèrent déléguer le travail à des subordonnés plutôt que de le partager avec des collègues «rivaux» du même échelon hiérarchique. Le conseiller fédéral Christoph Blocher, qui a procédé à une réduction radicale du personnel dans le Département de justice et po-

«L'Etat croît. Mais il y a des raisons à cela, bonnes pour la plupart.»

Une politique du personnel désastreuse

Pourtant, les critiques contre l'Etat et ses employé-e-s ne faiblissent pas. Entre-temps, faute de trouver mieux, c'est le personnel lui-même qu'on accuse d'être responsable de la croissance de l'Etat. A l'appui de cette thèse, on invoque volontiers la «loi de Parkinson». Selon le sociologue britannique Cyril Northcote Parkinson, le travail est une variable qui ne se développe pas nécessairement de manière proportionnelle à l'ampleur de la tâche. Le travail générera plus de travail per se, parce que les employé-e-s,

lic, a visiblement adhéré à la loi de Parkinson. En 2005, il a supprimé 116 postes sur les 585 en promettant que la mesure ne se traduirait pas par une réduction des prestations. Or, l'action a été calamiteuse pour le personnel et a déclenché une vague de réorganisations qui dure encore. Le Secrétariat d'Etat aux migrations, par exemple, confronté à l'afflux de migrant-e-s, a dû réembaucher et créer des emplois supplémentaires.

L'Etat croît. Mais il y a des raisons à cela, bonnes pour la plupart.



© APC

«Le service public n'est pas seulement une tâche de l'Etat, il en est aussi la raison d'être». Le personnel de la Confédération manifestait le 4 novembre 2015 à Berne pour le revendiquer.



«L'Office fédéral de la statistique est sans doute la source la plus souvent citée au Parlement; pourtant, si l'on écoutait l'UDC, il faudrait sabrer le budget de moitié de cet office et licencier la moitié du personnel».

Economiser systématiquement

Romina Loliva

Dégraissage, allègements, régime minceur, coupes budgétaires – le Conseil fédéral et le Parlement n'en finissent pas d'enchaîner les mesures d'économie. Même si, au final, cela peut coûter cher. Un essai sur l'économie érigée en système.

Ueli Maurer s'y connaît en chiffres. Comptable de formation, il est aujourd'hui le grand argentier de la Confédération. Lorsqu'il scrute l'avenir, son regard s'assombrit. Le baby-boomer prendra bientôt sa retraite, comme tant d'autres. Des enfants, il y en a de moins en moins depuis les années 1970. Un sujet de préoccupation pour le ministre des finances. Qui donc paiera sa rente AVS?

Jusqu'en 2045, selon les estimations de l'Office fédéral de la statistique (OFS), la part des plus de 80 ans aura doublé et celle des plus de 65 ans, qui prendront alors leur retraite, représentera près de la moitié de la population active. La Suisse, un pays de vieux. La Suisse, un pays au bord du gouffre financier, faute aux coûts sociaux et de la santé. Quand il y pense, Ueli Maurer le sait: il n'y aura pas assez d'argent. Ergo, il faut économiser. Mais comment?

L'économie érigée en programme

Programmes d'économies, consolidation financière, frein aux dépenses, stabilisation... Voici des décennies

déjà que les Conseils fédéraux successifs s'évertuent à faire maigrir l'Etat. Un déficit structurel chasse l'autre et les régimes minceur s'enchaînent jusqu'à ce que l'on ne sache plus, au final, quelle mesure a été décidée, laquelle en est au stade de la mise en œuvre et laquelle va suivre. Le Parlement s'y entend à brouiller encore les pistes; le Conseil national et le Conseil des Etats tirent les ficelles, ouvrent et referment les paquets, enlèvent ce qui ne convient pas, en rajoutent là où ils ne rencontrent pas de résistance. Comment y comprendre quoi que ce soit!

La malheureuse histoire des mesures d'économies repose sur un système. Un système qui repose à son tour sur l'idée que la frugalité est un devoir. L'Etat se doit d'être svelte et de s'en tenir au strict nécessaire. C'est pourquoi on l'envoie sur le tapis roulant pour le dégraissier. Et comme il ne doit pas reprendre du poids, on lui coupe les vivres. Mais foin d'analogies. Le système se réduit à cette formule: on diminue les charges, on n'augmente pas les produits.

Le frein est tiré

Le système fait école. Ces derniers 15 ans, la Confédération a lancé plusieurs programmes d'économies et adopté diverses mesures pour que l'Etat garde sa ligne. D'abord, elle l'a corseté dans le frein aux dépenses, ce que de nombreux politiciens ont trouvé une excellente idée. Il s'agit en l'occurrence d'une règle très simple, voulant que l'Etat ne dépense pas plus que ce qu'elle engrange. Accepté par le peuple et inscrit dans la Constitution en 2001, le frein aux dépenses a certes pour effet de réduire les dettes, mais il motive aussi chaque mesure d'économie, qu'elle soit judicieuse ou non. L'Etat ne peut plus faire de dépenses extraordinaires que dans des cas exceptionnels et encore doit-il les compenser rapidement.

Les coûts dans le domaine de l'asile sont un de ces cas exceptionnels, actuellement à l'ordre du jour. Des milliers de migrant-e-s viennent en Europe pour y demander l'asile. Aussi en Suisse. Il en résulte une hausse des coûts que l'on ne peut en principe pas se permettre à cause du frein à l'en-

© Christoph Schütz, OFS

« Le Secrétariat d'Etat aux migrations, confronté à l'afflux de migrant-e-s a dû réembaucher et créer des emplois supplémentaires suite à la politique du personnel désastreuse menée en 2005 par un certain Christoph Blocher ». © Lukas Lüder, SEM



dette. Du coup, le domaine de l'asile devient une débâcle financière. Comme lesdits coûts ne peuvent être pilotés, d'autres domaines sont obligés de se serrer la ceinture.

Idem pour ce qui concerne les initiatives. Parce qu'Ueli Maurer n'est pas le seul à se demander qui, à l'avenir, paiera nos rentes, le peuple suisse a voté sur l'initiative AWS Plus lancée par les syndicats. Seulement voilà: même si cette initiative a eu le mérite de rassurer une majorité des travailleurs par rapport à leur avenir, nous ne pouvions pas nous la permettre. C'est en tout cas ce que le Conseil fédéral et le Parlement nous donnent à croire. Et si elle avait été malgré tout acceptée, il aurait fallu économiser ailleurs. Dans la formation par exemple. Moins d'argent pour la recherche et l'innovation, coupes budgétaires dans l'enseignement, moins de bourses. Car il faut économiser. Cette pression à l'économie est anxiogène. Les réfugiés coûtent trop d'argent, les rentes sont impayables, la formation est un luxe...

Du côté des recettes également, on débat ferme. En Suisse, des hausses d'impôts ont beaucoup de mal à passer. Les citoyennes et citoyens doivent

avoir suffisamment d'argent dans leur porte-monnaie pour que la conjoncture ne sombre pas dans la récession. Et les entreprises doivent bénéficier d'un contexte fiscal favorable pour qu'elles choisissent d'établir leur siège en Suisse. N'est-ce pas sa réputation de paradis fiscal qui a fait la richesse de notre pays. Lorsque la situation internationale se trouve en mauvaise posture, que le paradis doit soudainement changer ses règles du jeu et couper dans les priviléges des entreprises, on réforme. La réforme fiscale des entreprises, la troisième, doit arranger les choses. Même si elle se solde par des pertes massives pour la caisse de l'Etat. Mais nous devons passer par là, car il faut économiser. Les réformes sont un instrument populaire de la politique d'austérité. Elles ont pour nom réexamen des tâches et planification de l'abandon de tâches. Il s'agit de programmes d'amélioration de l'efficience, qui doivent déceler des potentiels de synergies et établir des priorités, ou encore déterminer quelles tâches peuvent être abandonnées. L'un ou l'autre service devra alors passer à la trappe.

La quadrature du cercle

Comme on le voit, faire des économies relève souvent de la subjectivité. Les partisans des transports routiers refuseront les investissements dans les transports publics. Ceux qui veulent un Etat moins bureaucratique voudront supprimer du personnel. C'est la quadrature du cercle. Le personnel de la Confédération, censé gérer les tâches croissantes de l'Etat, connaît les efforts d'économie du politique. Car c'est lui qui élabore les propositions, répond aux interpellations, échafaude des stratégies, donne des solutions, même lorsqu'il s'agit de scier la branche sur laquelle il est assis.

Prenons l'Office fédéral de la statistique. Cet office, qui fournit des données chiffrées dans tous les domaines et sur tous les sujets possibles et qui est sans doute la source la plus souvent citée au Parlement, doit réduire la voilure. Si l'on écoutait l'UDC, il faudrait sabrer le budget de 50% et licencier la moitié du personnel. Les employé-e-s fédéraux planchent eux-mêmes sur les moyens d'y parvenir. La proposition est déposée, passe par les services parlementaires et atterrit sur le bureau de l'office compé-

tent. Déjà, d'innombrables heures de travail ont été investies. On a étudié les chiffres, rédigé des rapports, dressé un argumentaire sur le si et le comment de la suppression d'emplois de collègues. Personne n'aime faire ce genre de choses. Mais c'est le travail. Et le travail, on le fait correctement. Les chiffres et autres données sont transmis au Conseil fédéral. On en débat. Quelqu'un rédige les procès-verbaux, un autre prépare la documentation pour les parlementaires. Sans compter que tout est traduit dans les deux autres langues nationales. Encore plus d'heures de travail. Personne ne sait encore ce qu'il va en sortir. Mais une chose est sûre: économiser coûte! Surtout si, obnubilé par la rage d'économiser, on commet des erreurs qui s'avèrent a posteriori très coûteuses. Qu'il s'agisse de formation, de prévoyance vieillesse ou d'intégration, nous pourrions amèrement regretter d'avoir tiré le frein. Et menacer ceux qui, jour après jour, font du bon travail pour que les politiques puissent se disputer à ce propos, c'est bien la pire des bêtises.



© Edouard Rieben

« Le personnel de la Confédération, censé gérer les tâches croissantes de l'Etat, connaît les efforts d'économies du politique ».



© Christian Pfander

«Que souhaitez-vous dire aux employé-e-s de la Confédération qui se font du souci pour leur emploi et leur avenir?»

Conversation entre le conseiller fédéral Ueli Maurer et la secrétaire générale Maria Bernasconi

Interview:
Maria Bernasconi

En tant que conseiller fédéral, que signifie pour vous le service public?

Ueli Maurer: comme pour beaucoup de monde, le service public fait pour moi partie intégrante de la Suisse. Il fournit d'excellentes infrastructures, il est efficace en comparaison avec l'étranger et constitue un important pilier pour le succès économique de la Suisse.

De votre point de vue, le Parlement a-t-il aussi un rôle d'employeur et si oui, prend-il au sérieux son devoir?

Les rôles sont clairement définis: le Conseil fédéral est l'employeur et, en tant que tel, est responsable vis-à-vis du personnel de la Confédération. A travers le budget, le Parlement définit les moyens financiers pour les employé-e-s fédéraux, et peut ainsi piloter la politique du personnel du Conseil fédéral.

Que souhaitez-vous dire aux employé-e-s de la Confédération qui se font du souci pour leur emploi et leur avenir?

L'administration fédérale reste une employeuse très attractive, offrant d'excellentes conditions d'embauche et possibilités de développement. Mais il faut garder la mesure, notamment en remettant de temps en temps en question les conditions d'embauche, et en examinant si elles sont encore d'actualité.

Quel sera l'impact des mesures d'économie décidées et à venir sur les prestations de l'administration fédérale? Prévoyez-vous des coupes dans les prestations? Si oui, dans quels domaines?

Il est trop tôt pour répondre de manière définitive. Lors de la session d'automne, le Parlement traite des mesures déjà décidées (programme de stabilisation 2017–2019). Pour évaluer les futures mesures d'économie, il faut attendre les développements de la politique financière.

Le personnel de la Confédération doit-il renoncer définitivement aux augmentations salariales, vu qu'elles sont refusées même lorsque les comptes bouclent sur des résultats positifs?

Si la santé financière de la Confédération s'améliore, en cas de renchérissement ou si le marché du travail exige une hausse générale des salaires, le Conseil fédéral devra réagir. Actuellement, aucun de ces facteurs n'appelle une réaction. Depuis deux ans, le taux d'inflation est négatif, la Confédération doit se serrer la ceinture et l'administration fédérale est concurrentielle sur le marché du travail.

Que souhaitez-vous à l'APC?

Que notre collaboration soit bonne, ouverte et juste. C'est dans le dialogue ouvert qu'émergent les meilleures solutions.



Il lobbismo è diventato indispensabile per i sindacati del servizio pubblico

I funzionari della Confederazione si sono abituati ai programmi di risparmio. Il Consiglio federale tiene ben chiusi i cordoni della borsa. E questo, a dire la verità, passando i limiti del ragionevole: anno dopo anno infatti i conti vengono chiusi nelle cifre nere, tra lo stupore poco credibile dei nostri grandi tesorieri! Ma il 2016 non è comparabile agli anni e ai decenni precedenti, ci si spinge molto più oltre.

La Riforma III dell'imposizione delle imprese (RI imprese III) e le nuove scappatoie fiscali ivi comprese causerà alla Confederazione perdite per più di un miliardo di franchi all'anno. E dal Parlamento non è stata adottata alcuna misura correttiva, nemmeno dei controlli fiscali supplementari! La Confederazione ha già anticipato il ribasso delle entrate con un programma di stabilizzazione. A essere minacciate non sono solo le condizioni di lavoro del personale della Confederazione, la formazione (ETH e SUP), l'agricoltura (compreso Agroscope), le assicurazioni sociali (prestazioni complementari, ecc.), ma anche il servizio pubblico assicurato dalla Confederazione nella sua interezza. E non finisce qui: due misure, rinviate dalle Camere federali per non sovraccaricare il bastimento, ovvero la soppressione del diritto di timbro e l'introduzione di una tassa sul tonnellaggio, comporteranno un'ulteriore diminuzione delle entrate fiscali di diversi miliardi. Con RI imprese III (e nel futuro prossimo RI imprese IV), la Svizzera praticherà dei tassi di imposizione comparabili a quelli di Bulgaria o Romania, ovvero ben al di sotto della maggior parte dei paesi con un livello di sviluppo paragonabile al nostro. Eppure anche gli irriducibili sostenitori dello smantellamento dello Stato approfittano dei servizi assicurati dal personale della Confederazione, ma lo fanno con una mentalità da scrocconi.

In questo contesto, l'indispensabile lavoro di lobbismo in Parlamento è più necessario che mai, soprattutto per i sindacati del servizio pubblico della Confederazione! In un'epoca dove il partito radicale incarnava ancora lo Stato, fu Erich Weisskopf, segretario generale dell'APC e consigliere nazionale dal 1963 al 1971 per lo stesso partito. Il Sindacato del personale dei trasporti (SEV), con il quale collaboriamo strettamente, può contare da molti anni su dei rappresentanti alle Camere federali: in passato Ernst Leuenberger e Pierre-Alain Genti, oggi giorno Philipp Hadorn, Edith Graf-Litscher e Roberto Zanetti. Un altro esempio è Transfair, che ha eletto alla presidenza il consigliere nazionale Stefan Müller-Altermatt, in successione a Chiara Simoneschi-Cortesi.

Nel 2012 ho lavorato, con il sostegno del comitato direttore, per convincere la consigliera nazionale Maria Bernasconi di aggregarsi all'APC occupando il posto di segretario generale e rappresentare così gli interessi dei nostri membri sotto la cupola. Questo indispensabile lavoro di lobbismo portato avanti da Maria fino all'autunno scorso deve perdurare. La scelta del comitato direttore si è indirizzata in modo naturale verso la consigliera nazionale Barbara Gysi (PS/SG), tenendo conto del suo impegno in favore del personale della Confederazione durante la scorsa legislatura e della sua conoscenza ed esperienza nel campo sindacale e del servizio pubblico. Barbara Gysi sarà quindi proposta alla presidenza dell'APC in occasione della prossima assemblea dei delegati.

Quanto a me, non rinuncio a questa funzione per scoraggiamento o stanchezza. Ho voluto e favorito la candidatura di Barbara Gysi alla presidenza dell'APC puramente nell'interesse della nostra associazione e dei suoi membri. Da parte mia sono determinato a continuare il mio impegno per l'APC e mi presenterò per la carica di vicepresidente.

René-Simon Meyer, presidente dell'APC



3 lettere ...

È scoccata l'ora dei conti!

Sono finite le vacanze, è tempo di ricominciare! Avete il morale alle stelle e le vostre batterie si sono completamente ricaricate? Ve lo auguro, perché l'autunno promette di essere caldo per il personale della Confederazione!

Entriamo subito nel vivo del soggetto: i risparmi. Un tema che abbiamo accuratamente evitato di affrontare durante l'estate, per evitare di rovinarci l'ambiente delle terrazze bagnate dal sole, ma che torna rapidamente d'attualità: nel corso della sessione autunnale sarà infatti posto in discussione il Programma di stabilizzazione 2017-2019. Secondo il messaggio del Consiglio federale, le uscite rappresentate dal personale della Confederazione dovranno essere ridotte concretamente di 165 milioni di franchi in rapporto al piano finanziario 2016-2018, ovvero un taglio supplementare di 40 milioni di franchi nel bilancio del 2017. E non è finita qui: il Dipartimento delle finanze propone già al Consiglio federale nuovi tagli sostanziali nelle uscite della Confederazione.

Eppure nessun argomento oggettivo riesce a convincere della reale necessità di tali misure drastiche. Da anni la spesa per il personale non rappresenta che l'8% delle uscite totali del bilancio federale. Operare dei tagli addirittura brutali certamente non risanerà in alcun modo le finanze federali. Lo riconosce lo stesso consigliere federale Ueli Maurer, che si è espresso in tal senso a più riprese sia nei media che



in 2 parole

con le associazioni del personale. Ciò nonostante il Consiglio federale persevera nell'applicare una severa politica di austerità nei confronti del personale della Confederazione! E ancora, ricordiamo che la Confederazione è seduta su una fortuna di quasi 42 miliardi di franchi.

Nelle condizioni di mercato attuali, con dei tassi d'interesse negativi, lo Stato deve investire nel futuro: formazione, infrastrutture, sviluppo delle strutture extra familiari, ecc. E arrestare i suoi piani di risparmi ripetuti!

Anche se le misure di risparmio verranno applicati con uno sfasamento nel tempo, quelle che toccano il personale avranno particolari incidenze negative sul funzionamento dell'Amministrazione. Alcuni dipartimenti (affari esteri, giustizia e polizia) parlano oggi di smantellamento delle prestazioni e di soppressione di impieghi. Queste misure indeboliscono lo Stato, un nonsenso in questi tempi di insicurezze crescenti e di aspettative in aumento della popolazione quando confrontata alle amministrazioni pubbliche. Indebolire lo Stato significa lasciare libero corso alla legge del più forte, al neoliberismo forsennato, fatto che può avere delle gravi conseguenze, come già oggi si può constatare. Grazie a un servizio pubblico forte possiamo dotarci dei mezzi per prevenire e mantenere la democrazia così come l'abbiamo vissuta fino ad oggi. Difendiamolo a qualsiasi costo!

Maria Bernasconi, segretaria generale



L'utopia di uno stato snello

Romina Loliva

Sebbene si cerchi costantemente di risparmiare, lo Stato continua a crescere. Ma perché? Ecco un tentativo di spiegazione.

© Fotolia

Lo Stato cresce incessantemente. «È minaccia di traboccare. È arrogante e avido, debole e inefficiente. E così sono tutti gli impiegati dello Stato. Funzionarie e funzionari, dal primo all'ultimo. Mai presenti quando si ha bisogno di loro, ci tormentano non appena possono e guadagnano un sacco di soldi. Ciò deve finire!»

Questo si sente rimproverare al personale dello Stato nei ritrovi pubblici e per le strade. E per davvero. Lo Stato così come il numero dei suoi impiegati è in costante crescita. Confederazione, cantoni e comuni creano giornalmente nuovi posti di lavoro. Nel 1991 erano circa 120 000, al giorno d'oggi lo Stato necessita di approssimativamente 160 000 impegni a tempo pieno nell'amministrazione pubblica. 40 000 nuovi posti di lavoro in 25 anni. Con queste cifre lo Stato è il maggior datore di lavoro della Svizzera e supera di gran lunga qualsiasi impresa dell'economia privata. Solo presso la Confederazione lavorano 37 286 collaboratrici e collaboratori (equivalenti a 34 935 posti a tempo pieno). Questa crescita non è considerata con preoccupazione solo dal

punto di vista sospettoso del piccolo singolo cittadino. Critiche aspre alla crescita dello Stato sono ormai infatti degne di rispetto. Le politiche e i politici, la stampa, la scienza. Tutti tuonano sempre forte in un coro ammonititorio. E nonostante ciò lo Stato cresce. Ma perché?

Federalismo e sussidiarietà

Facciamo qualche passo indietro. Lo Stato federale, fondato nel 1848, sorse sin dal principio basato su idee liberali. I cantoni, reduci da un periodo ricco di conflitti, si unirono e si diedero una struttura federale che unisse i loro interessi e che li rappresentasse verso l'esterno. Contemporaneamente venne ancorato un principio centrale, il principio della sussidiarietà. Secondo questo principio i compiti da sostenere dovrebbero essere svolti dal livello dello Stato più vicino alla richiesta. E così è cresciuta negli anni la Confederazione. Comuni e cantoni godono di una forte autonomia e la Confederazione interviene solo dove vi sono i compiti preposti. Compiti da espletare significano costi da sostenere, pertanto il principio della sussidiarietà vale anche per le entrate dello Stato. Comuni, cantoni e Confederazione esigono diversi livelli di contributi. La fondazione dello Stato federale equivalse alla nascita di ciò che oggi non può essere dissociato dall'immagine della Svizzera: il servizio pubblico.

blico fallirebbe nelle sue funzioni. Lo Stato garantisce grazie al servizio pubblico e alla sua infrastruttura le prestazioni di base, che vengono anche mantenute e sviluppate in modo sicuro, così come si occupa per definizione «(esso) è stabilito a livello politico e consiste nell'approvvigionamento di

E per eseguire in modo corretto il compito di servizio pubblico, cresce.

Lo Stato è presente per tutti

Il concetto apparso per la prima volta negli anni attorno al 1870 definisce l'insieme di tutte le prestazioni di servizio che vengono svolte da Confederazione, cantoni e comuni. Il servizio pubblico non è però solo un compito dello Stato, ne è le fondamenta. In Svizzera, dove democrazia, federalismo e sussidiarietà sono principi chiave, uno Stato senza servizio pub-

base in beni e servizi d'infrastruttura di buona qualità che siano accessibili a tutte le cerchie della popolazione e a tutte le regioni del Paese, alle stesse condizioni e a prezzi equi».

Dal 1870 qualcosa è però cambiato. La vita è diventata più frenetica, complessa e sofisticata. La popolazione e l'economia crescono. Vogliamo e dobbiamo essere mobili, la comunicazione non deve essere limitata in alcun

Misure di risparmio – una panoramica sui meccanismi

Freno all'indebitamento

Il freno all'indebitamento regola le uscite della Confederazione. Il meccanismo finanziario è stato ancorato nella costituzione nel 2001 e stabilisce che sull'arco di un ciclo congiunturale le uscite della Confederazione non possono superare le entrate. In questo modo la Confederazione dovrebbe poter abbattere il deficit strutturale. Sempre secondo il freno all'indebitamento, eventuali deficit devono essere ammortizzati nella contabilità ordinaria entro sei anni contabili.



© Fotolia

alle assicurazioni sociali e all'istruzione. Il Consiglio federale può inoltre proporre dei tagli lineari nei compartimenti non legati alle leggi. Un esempio di questo tipo di interventi sono le misure di risparmio adottate nei confronti del personale, i cui costi rappresentano solo l'8% del budget della confederazione.

Programmi di consolidamento

I programmi di consolidamento e di stabilizzazione sono misure della durata di più anni che hanno lo scopo di mantenere le finanze della Confederazione in equilibrio. La loro attuazione si estende di norma su più anni sia dal punto di vista delle uscite che da quello delle entrate (ad esempio aumenti delle imposte).

Verifiche dei compiti

Una verifica dei compiti porta in regola a riforme strutturali e a priorizzazione, che dovrebbero portare a una riduzione delle uscite e a un aumento delle entrate. In questo modo il bilancio della Confederazione dovrebbe risultare alleggerito. Esempi di riforme scaturite da una verifica dei compiti: Previdenza per la vecchiaia 2020, Ulteriore sviluppo dell'esercito (USEs) e la Riforma dell'Amministrazione federale (RIF 05/07).

Piani di rinuncia a determinati compiti

Un piano di rinuncia a determinati compiti mira a snellire l'apparato amministrativo nei microsettori dell'Amministrazione federale. Si parla quindi di accrescimento dell'efficienza e di rinuncia a compiti, che dopo una verifica, vengono ritenuti superflui o non più finanziariamente sostenibili.

modo, necessitiamo ed esigiamo di un'assistenza sanitaria e un'istruzione di prima classe, e diventiamo più vecchi. E così, come le cittadine e i cittadini della Svizzera si trovano in una società in continua evoluzione, lo stesso vale per le richieste e i compiti dello Stato. E per eseguire in modo corretto il compito di servizio pubblico, cresce.

Cosa è pubblico e cosa è privato?

Per tanto tempo lo Stato è stato una faccenda liberale. Il partito liberale dominava in Consiglio federale e nell'Amministrazione pubblica. Anche l'apparire sulla scena di socialdemocratici e democratici e la costituzione di sindacati del personale del servizio pubblico (come l'APC) per molto tempo non ha intaccato la forza dei liberali quale potere di governo. Fino agli anni 1980, dove si è mostrato apertamente il rovescio della medaglia del post materialismo: il benessere non era più un traguardo collettivo, l'individualismo si faceva largo nel paese. E con questo l'opinione per cui le cittadine e i cittadini per molte cose non dovevano più affidarsi allo Stato. Il partito liberale esaltava allora il tempo del neoliberismo, e annunciava «più libertà, meno Stato». Il nuovo motto si sparse velocemente e scatenò discussioni sui cambiamenti del sistema. Deregolamentazione e privatizzazione delle prestazioni statali vennero messi nell'agenda politica. Ciò che fino ad allora era stato un chiaro mandato della funzione pubblica venne improvvisamente ceduto all'economia privata. Concorrenza e strutture snelle avrebbero dovuto abbassare i prezzi, ridurre il carico fiscale e portare maggiore libertà.

Gli avvisi della politica erano cambiati radicalmente. La sinistra, che durante gli anni 1950 e 1960 aveva criticato ininterrottamente la prepotenza dello Stato divenne improvvisamente un paladino erto a difesa del servizio pubblico, il partito liberale, che per anni era stato praticamente equiparato all'apparato statale, si mise a perseguire la via neoliberale contro quella burocrazia da esso stesso creata.

L'utopia di uno stato snello

Da allora si dice che lo Stato deve dimagrire. Nel contempo gli equilibri di potere in parlamento si sono stabiliti in una maggioranza di destra. Dagli anni 1990 e dal successo politico

Lo Stato cresce anche perché è il popolo a volerlo.

dell'UDC, la politica è dominata dalla borghesia di destra. E malgrado ciò lo Stato è cresciuto. Per quanto UDC, liberali e partiti di centro si adoperino per rafforzare l'economia privata e

Ma ci sono dei motivi, e la maggior parte di questi sono buoni.

per indebolire l'apparato statale, Confederazione, cantoni e comuni continuano ad assumere nuovi compiti. Tra il 1990 ed il 2015 le uscite della Confederazione sono cresciute da 32,5 a 67,5 miliardi di franchi, e questo nonostante il freno all'indebitamento e i pacchetti di risparmio e a dispetto delle alleanze borghesi che hanno fatto del risparmio il loro mantra. Quindi è lo Stato a non voler dimagrire, o non può proprio farlo?

Gli interessi particolari e le conquiste del popolo

Federalismo, sussidiarietà e il sistema della concordanza portano alla creazione incessante di nuove maggioranze per interessi diversi. Questa conclusione non viene dalla sinistra, ma è stata espressa dal Think Tank radicale liberale AvenirSuisse, che spiega con due fattori la claudicante politica di risparmio borghese: gli interessi particolari e i compiti vincolati. Le cosiddette «vacche sacre» vengono escluse e risparmiate dai partiti borghesi dalle discussioni di bilancio in Parlamento, mentre si risparmia dove c'è meno resistenza o dove si presuppone vi possa essere una certa benevolenza delle elettrici e degli elettori. Da ciò risultano le classiche linee di conflitto tra l'esercito e la collaborazione internazionale o tra l'agricoltura e la formazione.

E oltre la metà dei compiti della Confederazione sono inoltre i cosiddetti compiti vincolati. Questi sono collegati normative legali e sono stati decisi da Parlamento o popolo. I contributi della Confederazione per AVS o

per la riduzione dei premi sono dei classici esempi. Una riduzione di queste misure richiederebbe cambiamenti legislativi che l'elettorato con grande probabilità non approverebbe. In particolare le misure legate allo stato assistenziale sono conquiste a cui la popolazione non vuole rinunciare, come si è dimostrato più volte nelle consultazioni. Lo Stato cresce anche perché è il popolo a volerlo.

Una politica del personale disastrosa

Ciò nonostante non si placano le critiche a uno Stato che cresce in modo smisurato e ai suoi impiegati. Nel frattempo, con la necessità di dare una spiegazione, si identifica la causa della crescita proprio nello stesso personale. Una tesi che viene regolarmente sposata è quella della legge di Parkinson. Una teoria, quella del sociologo britannico Cyril Northcote Parkinson, che definisce il lavoro come una dimensione espandibile che non è necessariamente proporzionale ai compiti da eseguire. La quantità di lavoro causa più lavoro, perché gli impiegati



«Il servizio pubblico non è solo un scopo dello Stato, ne è anche la ragione d'essere». Il personale della Confederazione ha manifestato a Berna il 4 novembre 2015 per rivendicarlo.



«Poco importa che si tratti di formazione, di previdenza o di integrazione, la maggioranza borghese del parlamento potrebbe pentirsi amaramente di aver tirato il freno a mano».

tenderebbero a non condividere il loro lavoro con i colleghi, in modo da poter essere considerato indispensabile e insostituibile, e si tende inoltre a estendere il lavoro su più livelli gerarchici. Un adepto di questa tesi era ovviamente il consigliere federale Christoph Blocher, che nel Dipartimento federale di

Quindi è lo Stato a non voler dimagrire, o non può proprio farlo?

giustizia e polizia operò un drastico smantellamento dei posti di lavoro. Nel 2005 cancellò 116 posti di lavoro su un totale di 585, e promise che ciò non avrebbe provocato alcun deterioramento delle prestazioni. L'azione è stata disastrosa per i funzionari coinvolti e ha innescato una serie di tentativi di riorganizzazione che sono ancora in corso. E questo soprattutto nella Segreteria di Stato della migrazione, che negli ultimi anni è stato confrontato con una grande crescita dei compiti da svolgere e ha dovuto regolarmente creare nuovi posti di lavoro. Lo Stato cresce. Ma ci sono dei motivi, e la maggior parte di questi sono buoni.

Programma di stabilizzazione 2017–2019 e «moratoria delle spese»

Nel maggio di quest'anno il Consiglio federale ha sottoposto all'attenzione del Parlamento il messaggio Programma di stabilizzazione 2017-2019. Il programma prevede misure di risparmio dell'ordine di 800 milioni fino a un miliardo di franchi all'anno. Sono toccati tutti i settori e i compiti della Confederazione, purtuttavia non tutti allo stesso modo. Il modello contiene anche una ripercussione dei costi sui cantoni, proposta che è stata ridimensionata dopo le consultazioni a causa dei feedback critici dei cantoni stessi. Una decisione del Parlamento modera anche il ridimensionamento dei compiti dell'esercito. Subito dopo la decisione del Consiglio federale a proposito del Programma di stabilizzazione sono state annunciate altre misure di risparmio. Questo perché le previsioni di bilancio del Consiglio federale prevedono che il freno all'indebitamento non possa essere rispettato nonostante il Programma di stabilizzazione. Il Consiglio federale identifica maggiori uscite nella previdenza, in alcune decisioni del Parlamento e nel settore dell'asilo. Per questo motivo il ministro delle finanze Ueli Maurer, secondo un rapporto della NZZ am Sonntag del 12 giugno 2016 ha messo in atto una moratoria dei costi. La moratoria dovrebbe obbligare l'Amministrazione ad accantonare i progetti che gravano ulteriormente sul bilancio della Confederazione. Egli ritiene inoltre che il Parlamento dovrebbe consigliare la bocciatura di iniziative popolari e parlamentari troppo costose. Oltre a ciò Maurer prospetta un ulteriore pacchetto di stabilizzazione per il 2018-2020 e propone un obiettivo di spesa per il 2025 che dovrebbe rientrare negli obblighi imposti. Dal punto di vista delle entrate Maurer non prevede un aumento delle tasse o dei tributi.

RL

Risparmio di sistema

Romina Loliva

Lo smantellamento è ancora in corso. Il Consiglio federale e il parlamento deliberano un pacchetto di risparmio dietro l'altro, e la fine a tutto ciò ancora non si vede all'orizzonte. E questo malgrado tale azioni possano costare caro. Un saggio sul risparmio con metodo.

Ueli Maurer ci sa fare con i numeri. Il qualificato capo delle finanze si è elevato a contabile nella nazione. E quando Maurer guarda al futuro, il suo sguardo si incupisce. Lui, un babyboomer, andrà presto in pensione assieme ai numerosi suoi coetanei. Dagli anni 1970 le nuove nascite decrescono costantemente. E questo preoccupa Maurer. Chi pagherà la sua rendita?

Secondo i calcoli dell'Ufficio federale di statistica (UST), da qui al 2045 il numero degli over 80 sarà raddoppiato, e la quota degli over 65, che dovrebbero quindi essere in pensione, corrisponderebbe quasi alla metà della popolazione attiva. La Svizzera, un paese di anziani, e un paese che affonderà nei costi della salute e nei costi sociali. Quando Maurer ci pensa, sa che i soldi non basteranno. Ed è

dell'opinione che per questo motivo la Svizzera deve risparmiare. Ma come?

Il risparmio è programmato

Programmi di risparmio, consolidazione, stop alle uscite, stabilizzazione. Da decenni i Consigli federali che si sono succeduti hanno messo a dieta lo Stato. Un deficit strutturale segue il precedente, e a un pacchetto di risparmio subito segue un altro pacchetto di risparmio, fino a quando nessuno più sa dire, quale sarà applicato adesso e quale dovrà seguire. La confusione viene poi aumentata dal Parlamento: il Consiglio nazionale e il Consiglio degli Stati spulciano, tirano la corda, aprono e chiudono, stralciano ciò che non è ben accetto, alzano laddove nessuno si difende. Come si fa a non essere disillusi?

La sventurata storia dei risparmi è sistematica. E si basa sull'idea che il risparmio sia un obbligo. Lo Stato deve essere snello e limitarsi allo stretto indispensabile. E per questo viene mandato sul tapis roulant per smaltire i grassi in eccesso. E visto che non si vuole metter su peso, il nutrimento gli viene somministrato solo in piccole quantità. L'analogia con la dieta dice chiaramente: riduzione delle uscite e nessun aumento delle entrate.

Freno a mano tirato

Il sistema insegna. Negli ultimi quindici anni la Confederazione ha avviato numerose misure di risparmio e definito misure atte a snellire lo Stato. Inizialmente la Svizzera si è costretta in un corsetto, il freno all'indebitamento, che è stato presentato come

una grande conquista da parte di molti politici. Essenzialmente una cosa molto semplice. Lo Stato non può spendere più di quanto incassi. Il principio del freno all'indebitamento, ancorato nella Costituzione nel 2001 da una votazione popolare, sebbene questo comporti che i debiti possono essere ridotti, giustifica di fatto anche ogni misura di risparmio, sia essa sensata o no. Solo in casi eccezionali lo Stato può approvare delle spese straordinarie, che deve però compensare a corto termine. Una delle eccezioni, che è anche di attualità, sono i costi nel settore dell'asilo. Migliaia di persone vengono in Europa e fanno domanda di asilo. Anche in Svizzera. Questo provoca un innalzamento dei costi, che a causa del freno all'indebitamento non ci si può permettere. Improvvistamente ecco che la materia



© Christoph Schütz

«L'Ufficio federale di statistica è senza dubbio la fonte citata più frequentemente in Parlamento, eppure, se dovesse dare ascolto all'UDC, bisognerebbe dimezzarne il budget e licenziare la metà del personale che vi lavora».

d'asilo si trasforma nello sfacelo della politica finanziaria. Dal momento che i costi non possono essere controllati, bisogna tagliare in altri settori. Lo stesso vale per le iniziative: visto che Ueli Maurer non è l'unico a chiedersi chi pagherà le rendite in futuro, il popolo svizzero si è pronunciato lo scorso 25 settembre sull'iniziativa «AVS plus» proposta dai sindacati. Non aveva importanza che l'iniziativa sembrasse dare alla maggioranza dei lavoratori un futuro più sicuro, semplicemente non potevamo permettercela. Così almeno hanno voluto farci credere il Consiglio federale ed il Parlamento con la loro presa di posizione. E qualora fosse stata accettata avremmo dovuto risparmiare da qualche altra parte. Sull'istruzione ad esempio. Meno soldi per la ricerca e per l'innovazione, compromettendo l'insegnamento, riducendo gli stipendi. Bisogna pur risparmiare. Logicamente si mette paura alla gente. I rifugiati costano troppo, le rendite non devono essere pagati, l'istruzione è un genere di lusso.

Anche il lato delle entrate è motivo di discussione. Aliquote di imposta più alte sono difficilmente accettabili in Svizzera. I portafogli delle cittadine e dei cittadini non devono essere toccati affinché la congiuntura non si traduca in recessione. Alle società va offerto un sistema di tassazione competitivo che favorisca l'insediamento delle sedi principali. Il concetto di paradiso della tassazione ha reso ricca la Svizzera. Quando la situazione internazionale si sbilancia, il paradiso si ritrova a modificare le proprie regole e a ridurre i privilegi per le imprese, e si mette mano alle riforme. La Riforma III dell'imposizione delle imprese dovrebbe aggiustare il tiro. Anche se dovesse portare a massicce perdite per le casse dello Stato, dobbiamo andare avanti. E questo significa nuovamente risparmi.

Le riforme sono in generale uno strumento molto amato dalla politica di risparmio. Le chiamano verifiche dei compiti o piani di rinuncia a determinati compiti, questi loro programmi di accrescimento dell'efficienza che dovrebbero mostrare dove è possibile ottenere delle sinergie e dove si può priorizzare. O anche semplicemente cosa non sarà più fatto. E questo o quel posto di lavoro sarà passato al fil di spada ed eliminato.

La quadratura del cerchio

Risparmiare è quindi spesso una questione soggettiva. Per chi è importante la strada, il trasporto pubblico è una spina nel fianco. Chi trova che lo Stato debba ridurre la burocrazia opererà tagli al personale. È la quadratura del cerchio. Il personale della Confederazione, che deve portare a termine i costantemente crescenti compiti dello stato, sa delle austeriorità della politica. Si preparano inchieste, si risponde agli interventi parlamentari, si elaborano strategie, si mostrano soluzioni, anche quando si tratta di prendere delle scorciatoie. Ad esempio l'Ufficio federale di statistica, che numera tutto il possibile e che è probabilmente la fonte più citata in Parlamento, dovrebbe

essere ripulito. Fosse per l'UDC, bisognerebbe dimezzarne il budget e bisognerebbe lasciare a casa la metà dei collaboratori. E ciò porta i funzionari a immaginare come dovrebbe essere questa realtà. L'intervento parlamentare viene inoltrato, passa attraverso i servizi del Parlamento e arriva all'ufficio preposto. Vi vengono investite molte ore di lavoro. Si studiano i numeri, si scrivono rapporti, si organizzano gli argomenti, come e se i posti di lavoro di colleghi e colleghi fossero cancellati. Nessuno lo fa volentieri. Ma è questo il lavoro. E viene fatto bene. I numeri e i fatti vengono inviati al Consiglio federale, e vengono dibattuti. Qualcuno scrive un protocollo, altri si occupano della docu-

mentazione per il Parlamento. E non bisogna dimenticare che il tutto viene ancora tradotto in due altre lingue nazionali. Altre ore di lavoro vengono investite. Questo è il lavoro. Nessuno può sapere cosa ne scaturirà. Eppure qualcosa traspare: risparmiare costa, soprattutto quando in preda alla frenesia del risparmio si fanno errori, che poi possono costare più di quanto non si sia effettivamente risparmiato. L'istruzione, le rendite, l'integrazione; un domani potremmo pentirci di aver tirato i freni oggi. E la cosa più stupida è minacciare coloro che quotidianamente fanno un buon lavoro, in modo che la politica possa poi discuterne.



«La pressione al risparmio è angoscIANTE: la formazione è un lusso, le rendite sono impagabili e i rifugiati costano troppo...».

© Markus Bertschi/ETH Zürich



© Christian Pfander

«Cosa vorrebbe comunicare agli impiegati della Confederazione?»

Dialogo tra il consigliere federale Ueli Maurer e Maria Bernasconi, segretaria generale dell'APC

Interview:
Maria Bernasconi

Lei in quanto consigliere federale quale significato dà al concetto di servizio pubblico?

Ueli Maurer: Per me, come per molti altri, il servizio pubblico è un elemento costitutivo della Svizzera. Si estende in maniera eccellente, è efficiente in rapporto all'estero ed è una delle pietre angolari su cui si basa il successo economico della Svizzera.

Dal Suo punto di vista, il parlamento ha un ruolo quale datore di lavoro, e se sì, secondo Lei si prende carico seriamente di tale dovere?

I ruoli sono distribuiti in modo chiaro: il Consiglio federale è il datore di lavoro supremo ed è pertanto in dovere nei confronti del personale della Confederazione. Il Parlamento mette a disposizione i mezzi finanziari necessari al personale della Confederazione tramite il budget, e può pertanto influenzare pesantemente la politica del personale attuata dal Consiglio federale.

Cosa vorrebbe comunicare agli impiegati della Confederazione, che sono preoccupati per il loro posto di lavoro e per il loro futuro?

L'Amministrazione federale è ancora come in passato un datore di lavoro molto attrattivo, che offre ottime condizioni di impiego e possibilità di crescita professionale. Ma è importante anche la moderazione. Per questo ad esempio è fondamentale valutare regolarmente le specifiche condizioni di impiego per verificare se sono ancora al passo con i tempi.

Quali conseguenze possono avere le future o le già decise misure di risparmio sulle prestazioni dell'Amministrazione pubblica? Prevede una riduzione delle prestazioni? Se sì, in quali settori?

È troppo presto per poter dare una risposta vincolante. Il Parlamento discuterà le misure di risparmio già decise (Programma di stabilizzazione 2017-2019) durante la sessione autunnale delle Camere, mentre per una stima di possibili future misure di risparmio dobbiamo attendere gli sviluppi della politica finanziaria.

Gli impiegati della Confederazione devono prendere atto che non ci saranno mai più aumenti salariali, visto che ultimamente non ne sono più stati concessi nemmeno quando la chiusura dei conti era in attivo?

Il Consiglio federale dovrebbe reagire nel momento in cui la situazione finanziaria della Confederazione dovesse migliorare, qualora dovesse nel contempo verificarsi un rincaro dei prezzi o nel caso in cui il mercato del lavoro dovesse richiedere un aumento generale dei salari. E al momento non si sta verificando nessuno di questi fattori. Da due anni abbiamo un tasso di rincaro negativo, la Confederazione deve tirare la cinghia e l'Amministrazione federale deve rimanere competitiva sul mercato del lavoro.

Cosa si aspetta in futuro dall'APC?

Una buona e aperta collaborazione. Con un dialogo aperto si possono trovare le soluzioni migliori.



Demo vom 10. September in Bern

Eine überdeutliche Warnung an den Nationalrat

Mehr als 20 000 Personen demonstrierten in Bern gegen den Rentenabbau und für eine starke AHV. Mit dem mächtigen, friedlichen und bunten Demonstrationszug von der Schützenmatte durch die Berner Innenstadt ist der Nationalrat gewarnt. Nun liegt es an ihm, in die Altersvorsorge 2020 wieder einen Ausgleich für die Rentenkürzungen in der zweiten Säule einzubauen. Der St. Galler Ständerat und SGB-Präsident Paul Rechsteiner sprach an der Schlusskundgebung am Aargauerstalden von einer «gewaltigen Provokation in einer neuen Dimension, wie es sie in der Schweiz noch nicht gab. Was die SVP und FDP bei der Rentenreform wollen, übersteigt im Negativen alles, was wir bisher gesehen haben.» Syna-Präsident Arno Kerst betonte, beim Abbauprogramm würden besonders «Frauen und Arbeitnehmende mit tiefen Einkommen unter die Räder kommen».

SGB

Manif du 10 septembre à Berne

Un avertissement extrêmement clair!

Plus de 20 000 personnes ont manifesté à Berne contre la baisse des rentes et pour une AVS forte. Le Conseil national est maintenant averti et doit entendre les revendications lancées par la manifestation colorée, pacifique et imposante qui a traversé la vieille ville de Berne. Il ne tient désormais plus qu'à la Chambre basse de compenser les réductions de rentes dans le 2^e pilier dans le cadre de Prévoyance vieillesse 2020. Le conseiller aux Etats saint-gallois, Paul Rechsteiner, a parlé d'«une violente provocation, d'une dimension que la Suisse n'avait encore jamais connue. Ce que veulent le PDC et le PLR dans la réforme des retraites dépasse tout ce que nous avions pu voir de négatif jusqu'à présent.» Le président de Syna, Arno Kerst, a pour sa part souligné que les premières victimes du programme de démantèlement seraient «les femmes et les personnes qui ont de bas revenus».

USS

Sektionen

Pensionierte

Besichtigung Flugplatz Meiringen

Dienstag, 25. Oktober 2016

Am Morgen Fahrt mit der Bahn nach Meiringen. Evtl. Besuch des Sherlock-Holmes-Museums. Gegen Mittag bringt uns der Bus zum Militärflugplatz Meiringen, wo im Personalrestaurant das Mittagessen auf uns wartet. Um 14.00 Uhr beginnt die 2–2½ Stunden dauernde geführte Besichtigung. Anschliessend fahren wir mit der Bahn zurück nach Bern (Ankunft um ca. 18.30 Uhr).

Da zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht alle Details bekannt sind, erhalten alle angemeldeten Personen rechtzeitig die fehlenden Informationen.

Die Zahl der Teilnehmer ist auf maximal 25 Personen beschränkt. Die Berück-

sichtigung erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldung.

Anmeldung mit Name, Telefonnummer und Anzahl Teilnehmer spätestens bis 16. Oktober 2016 bei Hans Frischknecht, Brunnenweg 6, 3184 Wünnewil, Tel. 026 496 10 96, oder E-Mail hs.frischknecht@bluewin.ch.

Der Vorstand freut sich auf Eure Teilnahme mit oder ohne Partner/in.

Hans Frischknecht

Voranzeige

Weihnachtshöck

vom Freitag, 9. Dezember 2016,
14.30–ca. 17.00 Uhr

Wir beenden das Jahr 2016 mit unserem Jahresschlussköck wie gewohnt im Hotel Bern an der Zeughausgasse 9. Das Hotel befindet sich im Stadtzentrum von Bern und ist vom Bahnhof aus zu Fuss über den Waisenhausplatz oder mit Tram oder Bus bis «Zytglogge» gut zu erreichen. Zum gemütlichen vorweihnächtlichen Zusammensein laden wir unse-

re Mitglieder mit Partner/innen herzlich ein. Es freut uns immer, wenn wir auch Mitglieder begrüssen dürfen, die im Laufe des Jahres zu uns gewechselt haben oder dies beabsichtigen. Wie üblich orientieren wir an diesem Anlass auch über die geplanten Aktivitäten der Sektion im nächsten Jahr.

Auf eine Anmeldung verzichten wir, war doch in den letzten Jahren im Saal jeweils genügend Platz für alle Teilnehmenden vorhanden.

Auf eine rege Teilnahme freut sich Der Vorstand

Dabei sollen nicht nur «Profis» mitmachen, sondern alle, welche mit Kolleginnen und Kollegen einen gemütlichen Abend verbringen wollen.

Programm

Wir starten um 18.00 Uhr mit einem Imbiss im **Restaurant «Jardin»**, Militärstrasse 38, Bern, (Tram 9 bis Breitenrain oder Parkstrasse). Das Turnier beginnt um 19.00 Uhr. Alle Teilnehmenden erhalten einen Preis. Zu absolvieren sind **4 × 12 Würfe**. Es zählen die gefallenen Kegel ohne Zuwertungen. Die zwei schlechtesten Würfe pro Passe werden gestrichen.

Kosten

Mitglieder: Fr. 15.–
Nichtmitglieder: Fr. 25.–

Swisscom

Kegelplausch

Mittwoch, 23. November 2016

Die Sektion Swisscom des PVB lädt Dich/Sie zu einem kleinen Plauschkegeltournier in Bern ein.

Anmeldung

Anmeldungen nimmt Fritz Liebi, Bern, gerne entgegen (Tel. 031 944 01 32 oder E-Mail: fliebi@bluemail.ch).

Anmeldeschluss: 14. November 2016

Wir hoffen auf zahlreiche Teilnahme.
Der Vorstand



La CPT ha molto da offrivi, e per così poco.



La n°1 delle casse malati online con consulenza personale. Passate anche voi alla cassa malati che vanta clienti più che soddisfatti. L'assicurazione online a portata di clic. Per un'offerta personalizzata e il pratico pacchetto «Passa a CPT online» visitate il sito <https://kollektiv.kpt.ch/pvb/it>, chiamate lo 058 310 98 72 oppure scansionate il codice QR con lo smartphone.

KPT
CPT
Semplicemente ben assicurati.

Parkschaden PLUS

Auto von Vandalen zerkratzt

Böswillig zerkratzte Autos sind vom Versicherungsschutz einer Teilkasko ausgenommen. Aber auch mit einer Vollkaskoversicherung können Vandalenakte das Portemonnaie der geschädigten Automobilisten belasten.

Zu den Schattenseiten von Fussballspielen gehören die sogenannten Saubannerzüge. Zurück bleibt eine Spur von zertrümmerten Scheiben, zerkratzten Karosserien, abgebrochenen Rückspiegeln und Sprayerien. Die randalierenden Fans wüten gut getarnt in der Menschenmenge und werden selten identifiziert. Kann die Täterschaft nicht ermittelt werden, müssen geschädigte Automobilisten den Schaden selbst tragen, außer sie haben einen entsprechenden Versicherungsschutz für ihr Auto abgeschlossen.

Teilkasko deckt keine Lackschäden

Vandalenschäden am Auto haben schnell Reparaturkosten im vierstelligen Bereich zur Folge. Wer nur eine Teilkasko abgeschlossen hat, kann im Fall von Vandalismus längst nicht alle Schäden bei der Versicherung geltend machen. Schäden, die angemeldet werden können, sind in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen abschliessend aufgezählt. In der Regel fallen folgende Schäden darunter: mutwillig abgebrochene Antennen, Scheibenwischer, Ziervorrichtungen, Rückspiegel oder zerstochene Reifen und hineingeschüttete schädliche Stoffe im Treibstofftank. Bei Zurich sind beispielsweise auch das aufgeschlitzte Cabrioletverdeck und die verschmierte oder bespryte Lackierung mitversichert. Bei Kratzern oder eingedrückten Dellen bleiben die Fahrzeughalter auf dem Schaden sitzen. Doch gerade solche Schäden kosten schnell mehrere Tausend Franken.

Besser geschützt sind Automobilisten mit einer Vollkaskoversicherung. Bei ihnen übernimmt die Versicherung alle Schäden. Allerdings nach Abzug des Selbstbehalt, der im Allgemeinen bei 1000 Franken liegt. Hinzu kommt eine Erhöhung der Bonusstufe, falls kein Bonusschutz vereinbart wurde. Im neuen MF-Produkt von Zurich ist das Prämienstufensystem seit diesem Frühjahr jedoch kein Thema mehr, da es abgeschafft wurde, d. h., nach einem Schaden wird die Prämie nicht erhöht.

Parkschäden zusätzlich versichern

Umfassenden Schutz für die finanziellen Folgen von Vandalenakten bietet die Parkschadenversicherung. Diese übernimmt auch Lack- oder Karosserieschäden – in der Regel ohne Selbstbehalt. Neben der «begrenzten» Parkschadenversicherung, die Schäden bis zu 1000 Franken abdeckt, bietet Zurich die Deckung Parkschaden PLUS mit unbegrenzter betraglicher Limite an. Pro Kalenderjahr sind zwei Schadenefälle versichert. Die Parkschadendeckung wird in Ergänzung zu einer Voll- oder Teilkaskoversicherung abgeschlossen. Auch der beste Versicherungsschutz befreit die Automobilisten nicht davon, die zumutbaren Vorkehrungen zur Vermeidung von Schäden zu treffen. Bei spontanen Krawallen wie Ausschreitungen von Hooligans nach dem Fussballmatch bezahlt die Versicherung, wenn sie nicht absehbar sind. Wer aber am 1. Mai in Zürich sein Auto in Quartieren abstellt, in denen es schon häufig zu Krawallen gekommen ist, hat die zumutbaren Schutzvorkehrungen vernachlässigt und muss mit einer Leistungskürzung rechnen.



Dommage aux voitures parquées PLUS

Voiture rayée par des actes de vandalisme

Les voitures rayées par des actes de malveillance sont exclues de la couverture d'assurance d'une casco partielle. Mais même avec une assurance casco intégrale, les actes de vandalisme peuvent avoir un coût pour le portefeuille des automobilistes lésés.

La violence est l'une des faces sombres des matchs de foot. Elle laisse des vitres brisées, des carrosseries rayées, des rétroviseurs cassés et des graffitis. Les supporters à l'origine des émeutes sévissent dans la foule, bien camouflés, et sont rarement identifiés. Si le malfaiteur ne peut pas être retrouvé, les automobilistes lésés doivent prendre en charge eux-mêmes le sinistre, sauf si l'on conclut une couverture d'assurance adéquate pour leur voiture.

La casco partielle ne couvre pas les dommages causés à la peinture

Les dommages sur une voiture causés par des actes de vandalisme entraînent rapidement des frais de réparation à quatre chiffres. Le fait d'avoir conclu une casco partielle ne permet plus depuis longtemps de faire valoir auprès de l'assurance tous les sinistres en cas de vandalisme. Les dommages qu'il est possible de déclarer sont tous énumérés dans les Conditions générales d'assurance. En général, on y retrouve les dommages suivants: antennes, essuie-glaces, enjoliveurs, rétroviseurs cassés volontairement ou pneus perforés, et substances nocives déversées dans le réservoir de carburant. Chez Zurich, la capote d'un cabriolet entaillée et la peinture taguée sont par exemple également assurées. En cas de rayures ou de bosses, le détenteur du

véhicule ne peut prétendre à rien. Or, ce type de dommages se monte rapidement à plusieurs milliers de francs.

Avec une assurance casco intégrale, les automobilistes sont mieux couverts. L'assurance prend en charge pour eux tous les dommages, avec une déduction de franchise qui avoisine en général les 1000 francs. A cela s'ajoute, si l'on n'avait pas été convenu de protection du bonus, une augmentation du niveau de bonus. Dans le nouveau produit VAM de Zurich, depuis ce printemps, le système de bonus/malus n'est plus à l'ordre du jour puisqu'il a été supprimé, ce qui signifie qu'après un sinistre, la prime n'est pas augmentée.

Assurer en complément les dommages aux voitures parquées

L'assurance dommages aux voitures parquées offre une couverture complète pour faire face aux conséquences financières d'actes de vandalisme. Celle-ci prend également en charge les dommages causés à la peinture et à la carrosserie – en général sans franchise. En plus de l'assurance des dommages aux voitures parquées « limitée », qui couvre les dommages jusqu'à concurrence de 1000 francs, Zurich offre la couverture dommages aux voitures parquées PLUS sans limite de montant. Elle couvre deux cas de sinistre par année civile. La couverture des dommages aux voitures parquées est conclue en complément de l'assurance casco intégrale et casco partielle.

Même la meilleure couverture d'assurance ne dispense pas les automobilistes de prendre les mesures jugées raisonnables pour éviter les dommages. En cas d'émeutes spontanées comme les débordements provoqués par des hooligans après un match de foot, l'assurance paie, à condition que rien ne les laissait prévoir. Quelqu'un qui stationnerait sa voiture à Zurich le 1^{er} mai dans des quartiers où ont souvent eu lieu des émeutes néglige les mesures de protection jugées raisonnables et doit donc s'attendre à une réduction des prestations.

Zurich Versicherung – jetzt Offerte anfordern!

Im Internet finden Sie unter www.zurich.ch/de/partner/login alle Informationen zu den Angeboten von Zurich. Hier können Sie Ihre individuelle Prämie berechnen und Ihre persönliche Offerte erstellen. Dafür benötigen Sie folgendes Log-in:

Ihr Zugangscode: cmyuq2Wr

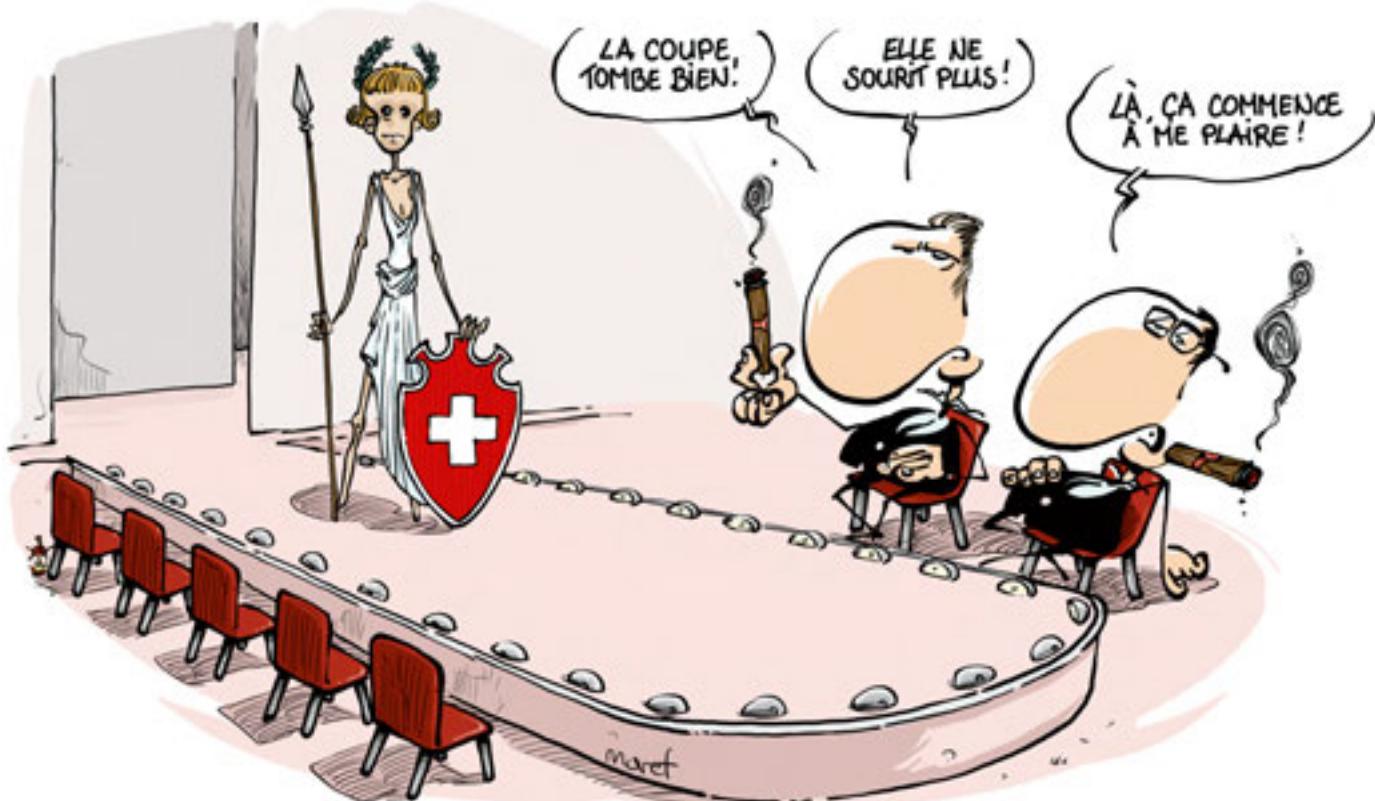
Oder Sie verlangen über die Telefonnummer 0800 33 88 33 eine unverbindliche Offerte. Das Kundencenter von Zurich ist von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr durchgehend geöffnet. Bitte erwähnen Sie Ihre PVB-Mitgliedschaft.

Zurich Assurance – demandez une offre dès maintenant!

Vous trouverez toutes les informations sur les offres de Zurich à l'adresse www.zurich.ch/fr/partenaire/login. Vous pourrez y calculer votre prime individuelle et établir votre offre personnalisée. Pour ce faire, vous aurez besoin des données de connexion suivantes:

Votre code d'accès: cmyuq2Wr

Vous pouvez aussi demander une offre sans engagement au 0800 33 88 33. Le centre clientèle de Zurich est ouvert en continu du lundi au vendredi de 8h00 à 18h00. Veuillez mentionner que vous êtes membre de l'APC.



Die Kürzung kommt gerade richtig!... Sie hat aufgehört zu lachen!... Langsam finde ich Gefallen daran!
 «Il nuovo taglio sta bene!»... «non sorride più!»... «beh, adesso inizia a piacermi!»

Economisez
plus de
25%
des primes



La CPT a beaucoup à vous offrir, pour si peu!



Le numéro 1 des caisses-maladie online avec conseils personnalisés. Optez pour la caisse-maladie aux clients exceptionnellement satisfaits. Cela fera-t-il aussi clic chez vous? Pour votre offre individuelle et le pack pratique «Passez à CPT online»: <https://kollektiv.kpt.ch/pvb/fr>, tél. 058 310 98 71 ou via le code QR depuis votre smartphone.

KPT
CPT
 Simplement bien assuré.

Love Service public Wir waren da! Nous y étions!

14. Juli 2016

Bundesamt für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), Bern



15. September 2016

Bundesamt für Statistik (BFS), Neuchâtel



14. September 2016

Lernendentag VBS



Impressum

Erscheinungsweise: 6-mal pro Jahr (alle zwei Monate)

Redaktion:

Oberdorfstrasse 32, 3072 Ostermundigen

Redaktoren/-innen: Maria Bernasconi, Jürg Grunder, Luc Python, Rahel Imobersteg

Kommunikationsverantwortliche und Redaktor: Martine Currat-Joye

Administrations- und Sektionsverantwortliche: Melanie Spicher

Tel. +41 (0)31 938 60 61, E-Mail: redaktion@pvb.ch, www.pvb.ch

Druck und Expedition:

Stämpfli AG, Wölflistrasse 1, Postfach, 3001 Bern, Tel. +41 (0)31 300 66 66

Adressänderungen:

Mutationsdienst PVB, Oberdorfstrasse 32, 3072 Ostermundigen

E-Mail: pvb@pvb.ch, Tel. +41 (0)31 938 60 61

Inseratenverwaltung:

Stämpfli AG, «PVB Magazin-e APC», Tel. +41 (0)31 300 63 89

WEMF-begläubigte Auflage: 9710 Exemplare